

14. Dezember
8/2023
www.landtag-mv.de



+++ Emotionale Debatte zum Thema „Migration“ +++ Jüdische Mitbürger schützen +++ Lage der Kutter- und Küstenfischerei +++ Konferenz zu Cyberabwehr +++ 2. Kinder- und Jugendparlamentekonferenz +++ Kalenderquiz +++



3	AUS DEM PLENUM	Emotionale Debatte über Zuwanderung
5 - 12	Auszüge aus der Originaldebatte	Jan-Phillip Tadsen (AfD), Franz-Robert Liskow (CDU), René Domke (FDP), Julian Barlen (SPD), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig
14 - 25	Berichte	Jüdische Mitbürger „schützend in unsere Mitte nehmen“ Aussprache zu aktueller Lage Antrag zu Beibehaltung von Ackerflächen Runder Tisch zur Ganztagsbetreuung (Kein) Gendern an Schulen Permanente Aufgabe Küstenschutz
25 - 27	Meldungen	Dramatische Lage der Kutter- und Küstenfischerei Übergangslösung „blauer“ Wasserstoff Stellenbesetzungen in der Kritik Holz wichtiger Teil der Energieversorgung Kein Rückenwind für Wachstumschancengesetz Bundesumweltprogramm wichtig für MV
28 - 32	Befragung der Landesregierung	
33 - 34	Gesetzgebung	
35 - 37	Ausschüsse	Female Leadership Programm Finanzausschuss beendet Haushaltsberatungen Konferenz zu Cyberabwehr
37 - 43	PANORAMA	Jugendparlamente machen Zukunft Blick in die Baustelle Kalenderquiz
44	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 21. 11 2023



Jan-Phillip Tadsen (AfD) erläutert den Antrag seiner Fraktion

Fotos: Uwe Sinnecker

Emotionale Debatte über Zuwanderung

■ Die Zuwanderung von Menschen nach Europa beherrscht seit Wochen und Monaten die öffentliche Diskussion auch in Deutschland. Die Wellen schlagen hoch. So war es kein Wunder, dass auch im Landtag eine teils heftige Diskussion über Lösungswege entbrannte.

Angesichts hoher Migrationszahlen hat die AfD das Eingreifen des Rechtsstaats und Europas gefordert. Jan-Phillip Tadsen (AfD) kritisierte die rot-rote Landesregierung, die so tue, „als könne man das alles nochmal eben noch so wegmangeln“. Die Krise habe MV an den Rand der Unterbringungsmöglichkeiten gebracht. Der Landtag müsse anerkennen, dass die illegale Migration konsequent begrenzt werden muss.

Nach Ansicht des CDU-Fraktionsvorsitzenden Franz-Robert Liskow wollen weder Bundeskanzler Olaf Scholz noch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (beide SPD) eine nachhaltige Migrationspolitik. „Beide haben sich damit abgefunden, dass unser Asylsystem dysfunktional ist.“ Insbesondere Transitzentren an den deutschen Außengrenzen würden dazu beitragen, sofort Ordnung ins System zu bringen.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende René Domke verwies darauf, dass seine Partei konkrete Vorstellungen zur wirksamen Reduzierung irregulärer Migration vorlege wie etwa die Einführung einer Bezahlkarte. Die Migranten lernten so, mit dem Geld umzugehen. „Das ist besser als nur Sachleistung und besser als Bar-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

auszahlung“, betonte Domke. Er sei sauer, dass die rot-rote Koalition jeden Antrag der FDP zum Thema Migration bisher „abgebügelt“ habe. Die Demokraten in der Mitte müssten sich verständigen können.

Die Herausforderungen für Europa, Deutschland und auch MV ließen sich nicht durch Populismus, Effekthascherei

Fotos: Uwe Sinnecker



René Domke (FDP) und Tilo Gundlack (SPD)
im Gespräch

oder parteipolitisches Taktieren lösen, sondern nur durch harte Arbeit, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. „Alle praktischen Probleme lassen sich nur lösen, wenn wir gemeinsam im selben Zug jene zurückweisen, die die aktuelle schlimme Weltlage nur dazu nutzen, Verunsicherung noch weiter zu schüren.“ Durch Hetze und Spaltung würde kein Problem kleiner.

Für **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) birgt die von der FDP geforderte Einführung von Bezahlkarten für Migranten erhebliche Probleme. Es müssten noch technische Fragen gelöst werden. Fragwürdig werde der Einsatz von Bezahlkarten dann, wenn Geflüchteten vorgeschrieben wird, was sie sich kaufen dürfen. Die Empfänger müssten die Freiheit haben, ihre Ausgaben an die für sie wichtigen Bedürfnisse anzupassen, betonte Oehrich.

Hunger, Sklaverei, militärische Konflikte oder Katastrophen mit einhergehender Perspektivlosigkeit zwingen nach Ansicht von **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE) Menschen in seeuntaugliche Boote. „Menschen in Not zu helfen, hat nichts mit Menschenschlepperei zu tun.“ Seenotrettung sei nach internationalem Recht eine Pflicht und darüber hinaus kein Pull-Faktor. Eine wie von der AfD geforderte Seeblockade würde Menschen anstatt Fluchtursachen bekämpfen.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) dankte den Kommunen und der Bevölkerung für die große Aufnahmebereitschaft. „Das sollte nicht kleingeredet werden.“ Es gebe viele gute Beispiele, wie die kommunale Ebene sich Mühe gibt, dieser großen Herausforderung gerecht zu werden. „Diese guten Beispiele kommen mir in der öffentlichen Debatte zu kurz.“



Abgeordnete der Regierungsfractionen DIE LINKE und SPD



Abgeordnete der Fraktion CDU

Der Antrag der AfD wurde bei Zustimmung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten sowie Ablehnung der anderen Fraktionen abgelehnt. Auch der Antrag der CDU wurde bei Zustimmung der AfD, CDU und der fraktionslosen Abgeordneten, sowie Enthaltung der FDP und Ablehnung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Die Anträge der FDP wurden bei Zustimmung der FDP, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten, Enthaltung der CDU und Teilen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Ablehnung von SPD, DIE LINKE und Teilen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Antrag der Fraktion der AfD

Drucksache 8/2725

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 8/2739



Hannes Damm im Gespräch mit Constanze Oehrich (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 8/2730

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 8/2732

Lesen Sie im Folgenden Auszüge aus der Originaldebatte.

■ Jan-Phillip Tadsen, AfD:

„Diese ungelöste Krise hat MV an den Rand der Unterbringungsmöglichkeiten gebracht.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Liebe Bürger! [...] Wir haben eine Situation, in der Ihre Politik von der Wirklichkeit überrollt wird. 32.000 Erstanträge allein im Monat Oktober, das sind mehr Menschen, als die Stadt Güstrow derzeit Einwohner hat.

*(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber in ganz Deutschland.)*

Aber in ganz Deutschland, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, Herr Terpe. Aber es ist in einem einzigen Monat die Zahl, die in dieses Land gekommen ist, und sie führt dazu, dass die Überforderung wächst. [...]

Und wenn wir bestimmte Fakten anerkennen, das Scheitern von Integration [...] das Ende von Aufnahmekapazität und -willen [...] sowie die immer stärker werdende Unzufriedenheit vieler, vieler Bürger mit der [...] Arbeit dieser Regierung, dann sollte der Rechtsstaat [...] handeln können. Das passiert aber immer noch nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und Sie werden heute als Regierung [...] wieder nicht in dieser Debatte die Emotionen der Menschen abholen [...] deswegen ist Opposition [...] gerade hier im Landtag Opposition gefragt, weil die rot-rote Koalition [...] so tut, als könne man das alles noch mal eben so wegmanagen. [...]

Liebe Bürger dieses Landes, mit unserem heutigen Antrag stellen wir deshalb zunächst einmal fest, diese ungelöste Krise hat M-V an den Rand der Unterbringungsmöglichkeiten gebracht [...] Der Landtag muss daher heute anerkennen, dass die illegale Migration konsequent begrenzt werden muss. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und der Kampf gegen kriminelle Schlepperstrukturen muss auch höchste Priorität haben, das heißt, insbesondere die Notwendigkeit einer effektiven Bekämpfung des Geschäftsmodells auch im Mittelmeer anzuerkennen. [...]

Diese Krise anzugehen, heißt jetzt, jegliche Geschäftsgrundlage dieser Strukturen auszutrocknen. Forderungen der italienischen Regierung nach einer militärisch abgesicherten Seeblockade im Mittelmeer sind daher absolut zu begrüßen. [...]

Und deshalb dürfen wir auch erst recht keine Fördergelder für diese Strukturen ausgeben. Die Landesregierung hat sich zu lange effektiven Maßnahmen gegenüber versperrt und entsprechende Forderungen in vergangenen Debatten meist mit einem missbräuchlichen Blick auf die Vergangenheit tabuisiert.

[...] Deswegen brauchen wir jetzt eine Debatte, die dazu führt, wirksame Kontroll- und Zurückweisungsmöglichkeiten an der deutsch-polnischen Grenze zu denken. Man kann schon vorab, bevor die eigentliche Aussprache beginnt, zugestehen, dass die CDU in ihrem Antrag heute von Transitzonen spricht [...] und eine Sprache auferlegt, die in unsere Richtung zeigt, und deswegen sind wir auf dem richtigen Weg, die Mehrheitsverhältnisse [...] mit weiterem Zuspruch der Bürger nach vorne zu bringen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] wir fordern, den personell sehr herausfordernden Einsatz der Landespolizei zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität [...] zu unterstützen und [...] müssen hier investieren, damit es wirksam den Schleppern verunmöglicht wird, ihr Geschäft weiter durchführen zu können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] wir fordern auf Bundesebene Transitzentren an den deutschen Grenzübergängen [...] die dazu beitragen [...] den Kontrollverlust zu stoppen. [...]

(Thore Stein, AfD: Richtig!)

Und wir fordern die Landesregierung [...] auf, sich zum Schutz von Leben und Menschenwürde öffentlich an die Seite der italienischen Regierung zu stellen und die Forderung nach einer Seeblockade im Mittelmeer zu unterstützen. Wenn wir endlich anfangen, selbstbewusst aufzutreten, wird ein neuer Konsens innerhalb der EU möglich sein. Die Zeit der deutschen Sonderrolle in Europa muss jetzt ein Ende finden. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Franz-Robert Liskow, CDU:

„Wir brauchen ein gemeinsames Verständnis, dass Deutschland eine unbegrenzte Asylzuwanderung nicht verträgt.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] „Der Spiegel“ titelte vor drei Wochen: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“. Zu sehen war ein Bild von Olaf Scholz. Er weckte in dem Interview die Erwartung, dass eine andere Migrationspolitik zum Greifen nah sei. Gleichzeitig erklärte Frau Schwesig, die irreguläre Migration müsse eingedämmt werden, die Kommunen bräuchten eine Atempause, sie wolle das zu einem großen Thema ihrer Bundesratspräsidentschaft machen. [...]

Es nahte der 6. November, alle Augen schauten auf Berlin, der Berg kreißte und er gebar eine Maus. All die Rhetorik von Scholz und Schwesig war leider bisher eine Luftnummer. Das einzig zählbare Ergebnis der MPK ist, dass die Länder vom Bund künftig finanziell stärker unterstützt werden bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Das freut vielleicht Herrn [Finanzminister] Geue, es kommt dadurch aber nicht ein Migrant weniger nach Deutschland.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Daniel Peters, CDU: So ist es.)*

[...] Frau Präsidentin, mein Eindruck ist, weder Olaf Scholz noch Manuela Schwesig wollen eine nachhaltig andere Migrationspolitik. Beide haben sich damit abgefunden, dass unser Asylsystem dysfunktional ist, dass jeder, der mag, in Deutschland leben kann. [...]

Werte Kollegen, die Verlängerung der Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mag einen gewissen Effekt haben, vor allem macht es die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit etwas attraktiver. Aber in allen anderen Punkten hat es dann doch nur für Prüfaufträge und Absichtserklärungen gereicht, etwa beim Thema „Sachleistungen statt Bargeld“. Es soll

noch volle drei Monate dauern, dass sich eine Arbeitsgruppe Gedanken macht, wie so ein System funktionieren kann. Und dann ist es weder beschlossen und schon gar nicht umgesetzt.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Was denkt denn da ein normaler Mensch, der ein Girokonto hat, eine EC-Karte, eine Kreditkarte, womöglich vielleicht auch PayPal, was denkt er, wenn Sie ihm erzählen, dass sich eine Arbeitsgruppe darüber jetzt drei Monate Gedanken macht, wie es zukünftig gelingen kann, Leistungen an Flüchtlinge künftig unbar zu regeln?

(Daniel Peters, CDU: Sehr richtig!)

[...] Erstens. Wir brauchen ein gemeinsames Verständnis, dass Deutschland eine unbegrenzte Asylzuwanderung nicht verträgt und die Aufnahmekapazitäten erschöpft sind.

Zweitens. Wir brauchen die Anwendung des Aufenthaltsgesetzes zur Sicherung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern. Dabei spielt der Arbeitsmarkt ebenso eine Rolle wie die Integrationsfähigkeit Deutschlands.

Drittens. Wir brauchen die Einführung lageangepasster stationärer Grenzkontrollen und die mobilen Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz.

Viertens. Wir brauchen beschleunigte Verfahren für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive in Transitzonen an der Landesgrenze, zumindest so lange, bis die EU keine entsprechenden Zentren eingerichtet hat.

Fünftens. Wir brauchen die Einstufung von bestimmten Ländern als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten.

Sechstens. Wir brauchen die Einführung einer speziellen Chipkarte für die Auszahlung von Asylbewerberleistungen.

Siebtens. Wir brauchen die Vermeidung von Rechtsänderungen, die Anreize für illegale Migration schaffen, besonders mit Blick auf das Staatsbürgerschaftsrecht.

Achtens. Wir brauchen Verhandlungen von Rücknahmeabkommen mit relevanten Herkunftsstaaten.

Und neunten. Wir brauchen eine verbesserte personelle und sachliche Ausstattung der Bundespolizei im Grenzschutz. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

■ René Domke, FDP:

„Jahrelang ist nichts passiert, was Zuwanderung steuert“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...] das Thema brennt den Menschen unter den Nägeln.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Solange nicht gehandelt wird, machen wir auch weiter.)

[...] wir dürfen auch eins nicht vergessen, wo das Ganze mal einen Anfang nahm:

(Horst Förster, AfD: Ja, das stimmt wohl.)

Jahrelang wurden unter Kanzlerin Angela Merkel die migrationspolitischen Realitäten in unserem Land [...] verkannt.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Jahrelang hat die CDU genau das [...] mitgetragen, auch wenn Sie sich jetzt als große Law-and-Order-Partei geben möchten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Gibts ja schon eine.)

[...]

(Daniel Peters, CDU: Auch Lösungen hervorgebracht.)

[...] Jahrelang ist nichts passiert, was Zuwanderung steuert.
[...]

(Daniel Peters, CDU: Ist das jetzt die Ausrede für Ihr Nichthandeln im Bund?)

es ist nichts passiert, was Verfahren rund um das Asylrecht vereinfacht und beschleunigt hat.

(Horst Förster, AfD: Es geht doch um die Einwanderungsproblematik dabei.)

Es ist nichts passiert, was dazu beigetragen hätte, dass all diese Menschen, die 2015/2016 zu uns gekommen sind, nachhaltig integriert werden können.

(Daniel Peters, CDU: Genau das, was Sie Stimmen kosten wird.)

[...]

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Es ist nichts erreicht worden bei Asylabkommen [...]. Welche Asylabkommen hat denn die CDU-geführte Große Koalition damals verhandelt? [...] Keins! [...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Was ist eigentlich mit den Menschen, die zu uns gekommen sind, passiert?

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Wer hat [...] im Blick gehabt, was mit den Flüchtlingen aus 2015 und 2016 passiert ist?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Haben die heute noch nicht.)

[...] Bis heute ist nicht klar, was mit diesen Menschen passiert ist. Das ist ein Versäumnis.

(Franz-Robert Liskow, CDU: Bringst du eigentlich deinen Antrag ein?)

[...] Ich denke, dass wir uns als Demokraten in der Mitte darüber verständigen müssen, wie wir mit der ganzen Systematik umgehen wollen. [...].



FDP-Fraktionsvorsitzender René Domke

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

[...] deswegen bitte ich darum, dass wir [...] Rückenwind aus M-V kriegen, damit die Bezahlkarte [...] auch wirklich kommt [...].

Zur Ausweitung des Ausreisegewahrsams: Auch dort bitte ich, dass es Rückenwind gibt für die Ampel [...]. Wir wollen die Landesregierung auffordern, dass sie sich vor allem auch einsetzt für den Abbau von bestehenden Hürden für die Arbeitsaufnahme von Geflüchteten [...].

[...] Mit dem weiteren Antrag für mehr Transparenz in der Migrationsdebatte möchten wir [...] die Landesregierung auffordern, so schnell wie möglich ein geeignetes und öffentlich zugängliches Informationssystem zu entwickeln. Wir brauchen maximale Transparenz hinsichtlich der Daten zu Flucht und Asyl in Mecklenburg-Vorpommern. [...]

(Beifall David Wulff, FDP)

[...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist aber nicht gewünscht.)

[...] Genau diese Daten brauchen wir regionalisiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] wenn diese Daten nicht zentral gesammelt werden und nicht ausgewertet werden, dann haben wir ein Problem. [...].

(Heiterkeit bei Michael Meister, AfD)

[...] deswegen werbe ich [...] für dieses Transparenzregister. [...] das ist das, was die Menschen auch zur Orientierung brauchen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP
und Beatrix Hegenkötter, SPD)

■ Julian Barlen, SPD:

„Unser Dank gilt nach wie vor allen Menschen, [...] die nicht dicke Backen machen.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Weltweit haben wir [...] eine ausgesprochen problematische humanitäre Situation: viele Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Vertreibung. Und die Folge ist eine Fluchtbewegung größten Ausmaßes, die zu sehr hohen Auslastungen unserer humanitären Kapazitäten in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern führt. Und das ist tagtäglich eine große Mühe für die Kommunen, Wohnen, Gesundheit, Kita, Schule, Sprache, Integration, [...] zu gewährleisten. Vielerorts arbeiten Hauptamtliche und Ehrenamtliche weit über die Grenzen einer vollen Auslastung hinaus, wissen viele Engagierte oftmals eben nicht mehr, wie sie diese Lage stemmen sollen.

[...] Unser Dank gilt nach wie vor allen Menschen, [...] die nicht dicke Backen machen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sondern die in die Hände spucken und die Ärmel hochkrempeln. Denen gilt unser Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

[...] Und im Interesse,

(Zurufe von Marcel Falk, SPD,
Jan-Phillip Tadsen, AfD,
und Torsten Renz, CDU)

[...] dieser Menschen sagen wir ganz klar, [...] wenn die humanitäre Verantwortung für schutzbedürftige Menschen und das Grundrecht auf Asyl [...] nicht bloß Bekenntnis sein soll, sondern wenn dieser humanitäre Anspruch gelebte Praxis sein soll, [...]



Foto: Uwe Sinnecker

Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender SPD) am Rednerpult

dann muss zwingend die Humanität mit dem praktisch Leistbaren dauerhaft im Einklang sein, dann muss jede Wohnung, jede Gesundheitsdienstleistung, jeder Kita- und Schulplatz, jeder Integrations- und Sprachkurs nicht nur abstrakt, sondern ganz konkret vor Ort organisiert, durchgeführt und auch bezahlt werden.

[...] hier haben wir eine Situation, dass zunehmend nicht mehr das eingelöst werden kann, was angesichts der steigenden Zahl der Anträge eingelöst werden müsste und das ist mehr als ein rechnerisches Kapazitätsproblem. Das ist eine ernsthafte [...] Bedrohung für unseren Anspruch, wirklich denen zu helfen, die zuallererst unseres Schutzes, unserer Hilfe bedürfen. Und weil das so ist [...] erleben Sie auch hier die MV-Koalition, erleben Sie die Ministerinnen und Minister in ihren Zuständigkeiten und allen voran aber unsere Ministerpräsidentin als treibende Kraft für einen menschlichen und zugleich ordnungspolitisch realistischen Umgang mit dieser Lage.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] anstatt jeden Tag eine neue parteipolitische Forderung oder Wendung durch das Dorf zu jagen, sagen wir klar, diese Herausforderung für Europa, für Deutschland und auch für unser Land Mecklenburg-Vorpommern, die lässt sich nicht durch Populismus, die lässt sich nicht durch Effekthascherei oder parteipolitisches Taktieren lösen, sondern nur durch harte Arbeit, durch ein klares Benennen der Themen und eben auch durch wirksame Maßnahmen bewältigen. Da braucht es nicht weniger [...] als eine Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen, die diese Aufgaben gemeinsam und im Austausch schultern [...].

[...] Meine Damen und Herren, die humanitäre Herausforderung lässt sich nur meistern, wenn auf allen und zwischen allen Ebenen mit Respekt, mit Verständnis, mit gegenseitiger Unterstützung, mit Pragmatismus und Realitätssinn gehandelt wird.

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

Dieser Geist wohnt unserem Handeln inne und das ist auch der Kurs,

*(Jens-Holger Schneider, AfD:
Der Geist des Versagens, genau!)*

den wir dem Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz entnehmen. An dieser Stelle ist mitnichten alles erreicht, mitnichten alles gelöst, [...] aber in diesem Sinne ist ein Pfad konsequent weitergegangen worden, [...] den wir hier auch schon beschlossen haben, und der setzt darauf, unsere humanitäre Verantwortung mit ordnungspolitischer Klarheit und mit Machbarkeit vor Ort zu kombinieren. Das ist sicher ein schwerer Weg, aber es ist der richtige, der anständige und vor allem mit Blick auf unser Grundgesetz auch der einzige Weg. [...]

■ Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Die Anträge von CDU, FDP und AfD lehnen wir ab.“

Fotos: Uwe Sinnecker/Archiv



[...] In der Nacht zum Dienstag haben sich Bund und Länder auf gemeinsame Eckpunkte in der [...] Flüchtlingspolitik verständigt. [...] Aus Sicht meiner Fraktion atmen die Beschlüsse den Geist der Abschottungspolitik der 90er-Jahre. [...]

Nach dem Willen der CDU sollen [...], stationäre Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz eingeführt [...] werden“. [...] Aus Sicht der GdP-Bundesbereitschaftspolizei haben stationäre Grenzkontrollen nichts mit modernem Grenzschutz zu tun, „sondern [...] verhindern einen effizienteren Einsatz unserer BePo Kolleginnen und Kollegen für die Sicherheit in unserem Land“. Dazu komme, dass Menschen, die an der Grenze ein Asylbegehren [...] erklären, [...] die Weiterreise in eine Erstaufnahmeeinrichtung gestattet werden müsse. Sprich, an dem Umstand, dass Menschen zu uns kommen und Asyl beantragen, ändern Grenzkontrollen rein gar nichts.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Transitzentren!)*

In Transitzonen an den Landesgrenzen sollen nach dem Antrag der CDU zudem [...] „beschleunigte Verfahren für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive durchgeführt und abgelehnte Asylbewerber [...] in Rückkehrzentren [...] untergebracht werden“. Dabei verkennt die CDU, dass Asylsuchende nicht allein deswegen in Haft genommen werden dürfen, weil sie einen Asylantrag stellen. [...] Eine Rechtsgrundlage dafür gibt es [...] nicht. Nach geltendem europäischen Recht dürfte eine solche Rechtsgrundlage auch nicht einfach nach nationalem Recht geschaffen werden.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wie viele Verfahren laufen wegen Ungarn deswegen?)

Nach dem Antrag der CDU sollen zudem Algerien, Marokko und Tunesien als [...] sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. [...] Als sicher kann ein Herkunftsstaat nur dann eingestuft werden,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wenn es ein Urlaubsland ist.)*

wenn aufgrund der Rechtslage [...] und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende [...] Behandlung stattfindet. Für Algerien, Marokko und Tunesien liegt ein Gutachten des Deutschen Instituts für Menschenrechte vor, das eben diese Voraussetzungen verneint. [...]

Die Bundesregierung soll nach dem Antrag der CDU außerdem die Rahmenbedingungen für die Auszahlung von Asylbewerberleistungen durch eine spezielle Chipkarte schaffen. [...] Fragwürdig wird der Einsatz von Bezahlkarten dann,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie will das alles nicht.)*

wenn Geflüchteten über technische Voreinstellungen vorgeschrieben wird, was sie sich kaufen dürfen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die GRÜNEN wollen das alles nicht.)*

Aus der Menschenwürde folgt eine individuelle Dispositionsfreiheit,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Eben nicht!)

die es Leistungsempfänger/-innen ermöglichen soll, ihre Ausgaben an die für sie wichtigen Bedürfnisse anzupassen.



Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Der vollständige Entzug von Bargeld wird sich daher nicht mit unserer Verfassung in Einklang bringen lassen [...].

*(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das werden wir sehen.)*

In ihrem Antrag fordert die FDP zudem [...] die Ausweitung des Ausreisegewahrsams von derzeit 10 auf 28 Tage. [...] Expert/-innen kritisieren dies [...] als unverhältnismäßig.

(Zuruf von René Domke, FDP)

Vier Wochen Haft für Menschen, bei denen keine Fluchtgefahr bestehe und bei denen man wisse, wo sie seien, ließen sich nicht mit unserer Verfassung in Einklang bringen.

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Wer war denn da der Experte? –
Zuruf von Petra Federau, AfD)*

Ob Transitzone, sichere Herkunftsstaaten, Bezahlkarten oder Ausreisegewahrsam, FDP und CDU nehmen mit ihren Forderungskatalogen massive Verstöße gegen unsere Verfassung in Kauf. Und wofür?

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Es sei „das Gebot der Stunde“, heißt es in dem FDP-Antrag, „irreguläre Migration [...] zu unterbinden, indem die Anreize, nach Deutschland zu kommen, gesenkt“ würden.

(Zuruf von René Domke, FDP)

[...] Dass in Deutschland getroffene Maßnahmen in irgendeiner Weise auf die weltweiten Migrationsbewegungen eine Auswirkung haben,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

ist jedoch in keiner Weise empirisch belegt.

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Anträge von CDU, FDP und AfD lehnen wir ab. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

■ Steffi Pulz-Debler, DIE LINKE:

„Man lässt Menschen nicht ertrinken. Punkt!“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg/-innen! [...] Menschen in Not zu helfen und humanitäre Hilfe zu leisten, hat nichts mit Schlepperei zu tun. Seenotrettung ist nicht nur – und ich wiederhole es hier – unsere moralische Verpflichtung, sondern nach internationalem Recht eine Pflicht.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Der uns vorliegende Antrag reiht sich erneut in den Versuch ein, zivile Seenotrettung zu kriminalisieren und mit Falschaussagen zu belegen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Horst Förster, AfD: Was für eine Arroganz!)*

Die Behauptungen, zivile Seenotrettungsorganisationen würden mit Schleppern kooperieren, gemeinsame Sache machen und Treffpunkte für die Übergabe von Geflüchteten vereinbaren,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

sind haltlos und nicht darstellbar.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Ich denke, es besteht Einigkeit darüber, dass Schlepper skrupellos bis tödlich agieren. Sie tun dies, solange die Nachfrage besteht. Ein humaner Akt zur Rettung von Menschenleben wären sichere Fluchtwege und ein staatlich koordiniertes Seenotrettungsprogramm, wie zu Beginn der Legislaturperiode von der Bundesregierung versprochen, weil dann müssten wir heute gar nicht über die Kriminalisierung von ziviler Seenotrettung sprechen. Da es dieses Programm nicht gibt, über-

nehmen zivile Seenotrettungsorganisationen, unterstützt durch ein breites Bündnis von Kirchen, Vereinen, Verbänden, diese zutiefst humanitäre Hilfe.

[...] Sehr geehrte Frau Präsidentin, mitnichten werden wir uns an die Seite der Postfaschistin Meloni stellen und eine Seeblockade im Mittelmeer unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine solche würde das völlig falsche Vorgehen unterstützen, Menschen anstatt Fluchtursachen zu bekämpfen. Für uns steht fest, Seenotrettung ist Pflicht. Man lässt Menschen nicht ertrinken! Punkt!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Die Debatte über Schutzsuchende skandalisiert Migration und Flucht zunehmend und ein Überbietungswettbewerb in Sachen Asylrechtsverschärfung lässt uns fast täglich in neue Abgründe der schwindenden Menschlichkeit blicken. Geschürt werden Diskurse und Praktiken der Spaltung, man spricht von Unterschieden zwischen Menschen wie uns und anderen, es wird suggeriert, Geflüchtete seien die zentrale Ursache für bestehende Missstände wie fehlender Wohnraum oder fehlende Schul- und Kitaplätze.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Geflüchtete werden so zum Sündenbock der verfehlten Sozialpolitik der zurückliegenden Jahre gemacht, anstatt diese Probleme tatsächlich zu lösen.

Liebe Kolleg/-innen der CDU-Fraktion, ich teile Ihren Wunsch nach wieder mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt. Dann lassen Sie uns heute und jetzt damit beginnen, mit Respekt und Achtung allen Menschen gegenüber!

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] ich warne eindringlich davor, mit Debatten über Abschiebung oder Grenzkontrollen der Bevölkerung suggerieren zu wollen, dass Migration durch diese Maßnahmen irgendwie regulierbar ist.

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

Ich warne davor, Lösungen zu versprechen, die nicht zu weniger Schutzsuchenden führen. Zum einen ist die Schutzquote der Geflüchteten so hoch wie noch nie, sie liegt aktuell bei über 70 Prozent. Die Menschen kommen also mit einem berechtigten Anliegen nach Schutz zu uns.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Dies wird nicht durch eine verschärfte Abschiebep Praxis oder verstärkte Grenzkontrollen geändert, denn Kriege und vielschichtige Krisen zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Deshalb lassen Sie uns endlich die Ursachen für Flucht und Vertreibung bekämpfen, und hören Sie bitte auf, Geflüchtete für soziale Missstände in Deutschland verantwortlich zu machen!

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

Wir brauchen eine gerechte Vermögensverteilung in Deutschland, verbunden mit Investitionen in Wohnungsbau, und eine engagierte Sozialpolitik von einer echten Kindergrundsicherung bis zu einer armutsfesten Rente. Das sind Lösungswege, die uns als Gesellschaft tatsächlich weiterbringen [...]

Foto: Uwe Sinnecker



Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE) am Rednerpult

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Alle Vorschläge,
die im Raum stehen, sind
in Wahrheit nicht neu.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Ich möchte gerne den Tagesordnungspunkt nutzen, um über die Beratungen aus der Ministerpräsidentenkonferenz zu berichten.

[...] Und ich will an dieser Stelle vorweg unseren Kommunen danken, den Landräten, den Oberbürgermeistern, vor allem den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, dass sie diese große Aufnahmebereitschaft haben, die unser Land zeigt.

[...] Und ich will ein Beispiel nennen, was mich beeindruckt, wie es gerade versucht wird, vor Ort zu schaffen, das Projekt in Demen „Dorf im Dorf“, wo der Landkreis zwei Wohnblocks angemietet hat für 30 und dann 60 Wohnungen aus privater Hand für fünf Jahre. Es geht um 450 Plätze für Erwachsene und 25 Kleinstkinder. Dort ist nicht nur die Unterkunft gewährleistet, sondern auch ein Sozialgebäude, sodass das Sozialleben vor Ort stattfinden kann.

[...] Ich berichte das, weil das für mich eines von vielen guten Beispielen ist, wie die kommunale Ebene sich vor Ort Mühe gibt, dieser großen Herausforderung gerecht zu werden. Und diese guten Beispiele kommen mir in der öffentlichen Debatte zu kurz, [...]

In der Ministerpräsidentenkonferenz sind alle Ministerpräsident/-innen verpflichtet nicht ihrer eigenen Partei, nicht allein ihrer Koalition, sondern der Gesamtsituation des Landes. Und wir hatten viele intensive Diskussionen. [...]

Alle Vorschläge, die im Raum stehen, sind in Wahrheit nicht neu, bloß die wenigsten davon wurden in den letzten Jahren konsequent umgesetzt.

[...] Erstens. Wir brauchen die Asylverfahren an den Außengrenzen, europäischen Außengrenzen und das Verteilsystem

innerhalb der EU fair und solidarisch. [...]

Wollen wir nicht vielleicht auch überlegen, ob es richtig wäre [...] in bestimmten Notsituationen auf der Welt helfen wir im Rahmen von Kontingenten, die wir auch verkraften können.

Der dritte Punkt sind schnelle Verfahren. Wir haben ein Akzeptanzproblem in der Bevölkerung, wenn wir es nicht schaffen, zügig zu entscheiden auf Basis unseres Asylrechts, [...]

[...] Ich komme zum Akzeptanzproblem, und ich sage, wenn nicht für alle Platz ist, und das ist die Realität, dann kann der Platz nicht mit jemandem besetzt werden, der hier Straftaten begeht.

[...] Grenzkontrollen. Und hier ist mir wichtig zu sagen, die finden statt. [...]

Der sechste Punkt ist das Thema Leistung. [...] Es ist in unserem Bundesland so, dass bei den Erstaufnahmeeinrichtungen es Sachleistungen gibt. [...] Aber wir wissen auch, [...] dass Menschen Gelder, die sie auch später bekommen, [...], nutzen, um entweder das Geld ins Heimatland der Familie zu schicken,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] oder eben die Schleuser bezahlen müssen. Und das wollen wir stoppen mit der Bezahlkarte. [...] Und deswegen bin ich sehr dafür, dass so eine Bezahlkarte bundesweit eingeführt wird. [...]

Siebter Punkt: Arbeit. Es ist ein Fehler seit Jahren, dass Menschen, die zu uns kommen und die vor allem eine Bleibeperspektive haben, nicht arbeiten dürfen. Das ist nicht gut für die Menschen, die zu uns kommen, und das ist auch nicht gut für die Akzeptanz in der Bevölkerung,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] Achter Punkt ist, das habe ich schon angesprochen, dass es noch einmal einen Auftrag gibt, dass es Vorschläge gibt, wie man die Herausforderung „Rückführung von Straftätern“ auch in Ländern, wo das bisher rechtlich schwierig ist, löst.

Der neunte Punkt ist die Kommission. Das ist überfällig.

Und der zehnte Punkt aus meiner Sicht ist das Thema Finanzierung, und das sollten wir nicht kleinreden. Wir als Bundesland haben eine klare Zusage an die Kommunen, dass wir die Kosten für Unterkunft, Sozialbetreuung, was ich vorhin berichtet habe, ganz konkret übernehmen.

[...] Wir erwarten diese Haltung auch vom Bund. Bund und Länder müssten sich hälftig diese Kosten teilen. [...] – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und FDP)*

Jüdische Mitbürger „schützend in unsere Mitte nehmen“

85 Jahre nach der Reichspogromnacht sind Juden auch in Deutschland gefährdet

■ Anlässlich des 85. Jahrestages der Reichspogromnacht am 9. November 2023 hielt Landtagspräsidentin Birgit Hesse zu Beginn der Landtagssitzung eine Ansprache: „Auf die Pogrome des 9. November folgten Verbrechen undenkbaren Ausmaßes, die beispiellos in der Geschichte sind. In Erinnerung an diese dunkle Nacht und das, was darauf folgte, dürfen wir niemals vergessen, niemals mehr wegsehen und niemals mehr schweigen. Das ist unser Auftrag.“ Die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bekannten sich mit einem umfangreichen Gemeinschaftsantrag zum Schutz jüdischer Bürger, ihrer Kultur und Religion. Gleichzeitig verurteilten die Fraktionen den Terror der Hamas gegen das israelische Volk. Sie forderten, antisemitischen Hass konsequent strafrechtlich zu verfolgen, für ein Verbot islamistischer Terrororganisationen in Deutschland einzutreten und Hilfsangebote zur Unterstützung des Staates Israel mit dem Bund abzustimmen.

Mit einem Änderungsantrag lehnte die AfD ab, dass die Anerkennung der Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson auch militärische Unterstützung bedeute. Die Fraktion hielt fest, dass der durch die Migration muslimischer Menschen angewachsene Antisemitismus eine reale Gefahr für jüdische Mitbürger in Deutschland darstelle. In einer intensiven und teils emotionalen Debatte versicherten alle Abgeordneten Israel ihre Solidarität. Mehr denn je zeigten die aktuellen Ereignisse, wie notwendig das gemeinschaftliche Mahnen und Gedenken bliebe.

„An den Taten unserer Vorfahren sind wir als heutige Generation nicht persönlich schuld“, reflektierte **Julian Barlen** (Fraktionsvorsitzender SPD), aber wir seien „persönlich verpflichtet“, das Versprechen „Nie wieder Faschismus!“ einzulösen. Das „Wunder der Versöhnung“ zwischen



Landtagspräsidentin Birgit Hesse würdigte am 9. November den 85. Jahrestag der Reichspogromnacht mit einer Ansprache.

Foto Uwe Sinnecker

Israel und Deutschland sei das Höchste, das wir erleben dürften. Gewaltakte gegen „alles vermeintlich Jüdische“ seien durch nichts zu rechtfertigen. Der 85. Jahrestag der Reichspogromnacht sei daher auch ein Tag des Gedenkens an die Opfer des Terrors gegen Israel.

In MV gebe es eine von den abrahamitischen Religionsgemeinschaften Christentum, Judentum und Islam gepflegte Tradition des „Triologs“. Dieser lebe „von Vertrauen und dem Wunsch, das Gemeinsame zu betonen“. Denn es vereine uns das Ziel, hob Julian Barlen hervor, dass „die Waffen möglichst schnell schweigen und den Menschen auf der israelischen und der palästinensischen Seite ein Leben in Sicherheit, in Freiheit, in Würde, in gegenseitiger Achtung und freier Entfaltung möglich ist“.

Es sei ein „unauslöschlicher Teil unserer Geschichte“, trug Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD) vor, dass der Holocaust von deutschem Boden ausging und von Deutschen verübt wurde. Er war „Ursache und Auslöser“ für die Staatsgründung Israels und rücke unser Verhältnis zu Israel „zwingend und für immer“ in diesen Kontext. Dass Juden im Staat Israel sicher leben können, „ist auch unser Versprechen“. Und darum sei das Existenzrecht Israels deutsche Staatsräson. „Dieses Versprechen gilt“, bekräftigte die Ministerin.

Wo Gewalt verherrlicht und das Existenzrecht Israel in Frage gestellt werde, muss der Rechtsstaat konsequent, „ja konse-

quenter als bisher“ durchgreifen. Wenn notwendig, mit angepassten gesetzlichen Regelungen. Nicht nur der Antisemitismusbeauftragte auch andere Initiativen, wie die Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus DIA.MV oder die Veranstaltungsreihe „Antisemitismus die Stirn bieten - Wissen und Kompetenzen stärken“ der Universität Rostock, leisteten wichtige Bildungsarbeit.

Seine Fraktion verurteile „den Terrorangriff der Hamas auf das Schärfste“, teilte **Horst Förster** (AfD) mit. Die Ermordung und Entführung unschuldiger Menschen seien durch nichts zu rechtfertigen; das Existenzrecht Israels stehe außer Frage, ebenso das Recht Israels auf Selbstverteidigung.

Dass jüdische Eltern wieder Angst hätten, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken, „ist eine Schande“. Aber nicht für Deutschland, sondern für die Regierung, „die jahrelang weggeschaut hat“. Wir müssen uns mit dem islamistischen Antisemitismus auseinandersetzen, mahnte Horst Förster, denn er habe „in seiner Gewaltbereitschaft eine ganz andere Dimension“.

Aber Solidarität mit Israel bedeute nicht, der Staat Israel stehe jenseits jeglicher Kritik.

Auch bedeute die Anerkennung des Existenzrechts Israels nicht, dass wir bereit wären, „das Leben unserer Söhne und Töchter für die Sicherheit Israels auf dem Schlachtfeld zu opfern“.

Die AfD stimme dem Antrag weitgehend zu und beantrage daher die ziffernweise Abstimmung.

Das Existenzrecht Israels ist nach dem Holocaust zurecht deutsche Staatsräson, machte **Katy Hoffmeister** (CDU) unmissverständlich klar. Juden müssen sich in Deutschland und vor allem in ihrem eigenen Staat sicher führen. Das sei „schlichtweg unsere Verantwortung“, ließ die Abgeordnete keinen Zweifel.

Zwischen dem Holocaust und den jüngsten Anschlägen auf Israel lägen 85 Jahre. Eine Zeit, in der „uns als deutsches Volk viel Verzeihen entgegengebracht wurde“. Und wo Katy Hoffmeister gedacht habe, so menschenverachtend werden die Völker nicht mehr miteinander umgehen.

Jeder Angriff oder Demonstration gegen Mitmenschen jüdischen Glaubens richte sich gegen uns alle. Das habe uns der 9. November 1938 gelehrt. Auch solle jedem Deutschen der Besuch eines Konzentrations- und Vernichtungslagers „eine innere Verpflichtung“ sein. Es gebe in den Städten zum Gedenken an jüdische Menschen die „Stolpersteine“. Hier wünschte sich die Politikerin nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein eine App, die die dazugehörigen Geschichten erzähle.

„Solidarität mit Israel und jüdischem Leben ist das Gebot der Stunde“, forderte **Jeannine Rösler** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE). Denn Antisemitismus sei „ein uraltes Übel“, das auf Vorurteilen, Stereotypen und Hass beruhe. Die Abgeordnete sorgte sich um den „Graubereich, um diejenigen, die wankelmütig sind“. Und deshalb müssen sich auch die politischen Parteien ihrer Verantwortung bewusst sein. Dazu gehöre, dass „selbstverständlich“ alles für die Verhinderung eines Flächenbrandes getan werden müsse.

Die Menschen auf israelischer und palästinensischer Seite bräuchten und wollten „ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Würde – mit gleichen Rechten“.

Ihrer Ansicht nach seien Bildung und Aufklärung „der Schlüssel im Kampf gegen Antisemitismus“. Unverzichtbar seien die Begegnungen mit Menschen im Alltag sowie ein auf Gemeinsamkeiten gerichteter Blick zum „Überbrücken“ von Unterschieden und Trennendem. Die Abgeordnete war überzeugt, dass ein Klima des Respekts vor dem Anderssein und vor der Vielfalt des Lebens die große Chance auf Frieden sei.



Mit einer Schweigeminute gedachten die Abgeordneten und Gäste der Opfer der Reichspogromnacht.

Foto Uwe Sinnecker

Bei den Mordtaten der Hamas gebe es nichts zu relativieren, machte **Dr. Harald Terpe** (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) klar. Diese Klarheit sei gerade in der heutigen Zeit von „überragender Bedeutung“, weil es „zum Verfall der Sitten“ in der politischen Debatte gehöre, dass sich Aggressoren, einschließlich ihrer Unterstützer, als Opfer darstellten, konkretisierte der Abgeordnete.

Anschläge auf die Sicherheit jüdischer Mitbürger seien für Dr. Terpe „unerträglich“. „Wir müssen sie schützend in unsere Mitte nehmen“, schlug er vor. So könne das jüdische Leben in Frieden und Freiheit in Deutschland garantiert und mit den Mitteln des Rechtsstaates unterstützt werden.

Doch wie weiter mit der Situation in Nahost, fragte sich der Politiker. Die humanitären Hilfsangebote der EU und die Forderung der G7-Staaten nach einer Feuerpause verdienten Unterstützung. Der Abgeordnete war sich „allerdings sehr sicher“, dass eine Friedenslösung nur ohne Terroristen gelingen könne: „Und ich glaube, da sind wir uns einig.“

René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) hielt den gemeinsamen Antrag für einen der „bedeutsamsten“ der „gesamten Legislaturperiode“. Denn er positioniere sich deutlich zu den Ereignissen auf deutschen Straßen. Dort zeige sich nicht nur die Verharmlosung von Terror, sondern auch „eine unsägliche Verächtlich-

machung derjenigen Werte, die unsere Gesellschaft prägen: Freiheit, Toleranz und Frieden“.

Doch was sei jetzt zu tun, fragte sich der Abgeordnete. Israel müsse alle notwendigen und angemessenen Maßnahmen ergreifen können, um seine Bürger zu schützen. Welche Maßnahmen dies seien, könne und solle man nicht aus der Ferne, aus einer Situation der Sicherheit und des Friedens, kommentieren.

Der die Region auf tragische Weise destabilisierende Nahostkonflikt erfordere eine Lösung, die Israelis und Palästinensern eine friedliche Zukunft ermögliche. „Das muss Ziel aller Bemühung zur Beilegung des Konfliktes sein“, erwartete der Abgeordnete und war der Überzeugung, dass „die liberalen Kräfte in der Region“ und die Stärkung der Demokratie vor Ort dazu beitragen.

Dem Änderungsantrag der AfD stimmte lediglich die AfD und die fraktionslose Abgeordnete zu. Die ziffernweise Abstimmung des Gemeinschaftsantrages lehnte DIE LINKE ab. Dadurch enthielt sich die AfD, während alle anderen Fraktionen dem Antrag zustimmten.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
Drucksache 8/2740
hierzu Änderungsantrag AfD
Drucksache 8/2760

Aussprache zu aktueller Lage

Menschen und ihre Bedürfnisse im Fokus

Die Vielzahl aktueller Krisen in der Welt und auch in Deutschland verunsichert die Menschen. Wenn Parteien vermeintliche Lösungen anbieten, wird ihnen Populismus vorgeworfen. Auf Antrag von DIE LINKE befasste sich der Landtag mit den Verunsicherungen und Zukunftsängsten der Menschen in einer nachdenklichen und kritischen Aussprache mit dem Titel „Wirksame Lösungen statt Populismus“.

Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, Klimawandel mit Wetterextremen, Inflation und Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln führen nach Ansicht von **Torsten Koplín** (DIE LINKE) bei den Menschen zu großer Verunsicherung und Angst. „Die Menschen erwarten, dass wir hierauf reagieren, dass wir Antworten und Orientierung geben. Die Politik ist in Verantwortung“, sagte Koplín in einer von seiner Partei beantragten Aussprache. Dazu gehörten Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Lösungsorientiertheit. Es gehe um die Stärkung von Solidarität und Zusammenhalt. „Allem voran liegt unser Fokus auf Bildung“, betonte Koplín. Dazu gehörten mehr Lehrkräfte an den Schulen, erhöhte Qualität in der frühkindlichen Bildung und Erziehung sowie ein Schulbauprogramm mit einem Volumen von 400 Millionen Euro. Die rot-rote Koalition stehe für eine Politik des Ermöglichens. „Auf das, was noch der Lösung harzt, haben wir selbst in aller Schärfe einen kritischen Blick.“ Das sei deutlich zu unterscheiden von rechtem Populismus, der einfache Antworten auf komplizierte Fragen gibt.

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) ging mit den politischen Parteien für ihr öffentliches Auftreten hart ins Gericht. So sei ihre Partei DIE LINKE seit mehreren Jahren viel zu sehr mit sich beschäftigt und hätte dabei viel zu wenig die Sorgen der Menschen beachtet, sagte die Ministerin. Auch die Politiker



Torsten Koplín (DIE LINKE)



Torsten Koplín (DIE LINKE)



Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE)



Horst Förster (AfD)

der Berliner Ampelregierung SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP gäben viel zu oft keine guten Figuren ab. „Diese dominierende Uneinigkeit, dieses öffentliche Gezänk bietet keine Basis für Vertrauen.“ Auch die CDU sorge mit dem „Rausposaunen“ von unüberlegten Äußerungen mit oft populistischen Stichen für eine Spaltung der Gesellschaft. Wenn man mit Unwahrheiten die Menschen entzweie, dann wirbt man nicht für eine vertrauenswürdige Politik. „Protest alleine ist keine Strategie“, sagte Oldenburg in Richtung der AfD, die ihrer Ansicht nach nicht das Wohl der Menschen im Blick habe. Sie benutze nur die Ängste, um sich zu profilieren.

Der AfD-Abgeordnete **Horst Förster** bezeichnete die Rede Oldenburgs als „Wahlkampfgeschrei“. Die Sorgen und Nöte der Menschen seien angesichts der Krisen nicht verwunderlich. „Das haben sich die Menschen doch nicht ausgedacht, das hat die AfD ihnen doch nicht einge-redet.“ Das sei das Spiegelbild der Realität. Er kritisierte Oldenburg, die seiner Ansicht nach versuche, die AfD auszugrenzen. So lehne die AfD die Kindergrund-sicherung ab, nicht weil sie gegen Kinder

oder der Meinung sei, dass alles getan werden muss, um Kinder zu fördern. Die Ablehnung entstehe deswegen, weil das Geld gerade in Problemfamilien zuletzt bei den Kindern ankomme. Das Geld solle eher in die Bildung gesteckt werden. „Es täte uns doch wirklich mal gut, nicht jedem anderen die gute Absicht abzusprechen“, sagte Förster. „Wir tun das ja auch teilweise – gebe ich gerne zu.“ Im Vergleich zu anderen Regionen der Welt, wo die Ethnien unversöhnlich aufeinanderprallen, gebe es doch hier einen großen Konsens über die Grundzüge des Lebens wie beispielsweise der Friedenssehnsucht. „Da könnte man eigentlich hier überlegen, ob wir nicht hier und da mehr Zusammenhalt zeigen könnten“, betonte der AfD-Abgeordnete.

Scharfe Angriffe gegen die Partei DIE LINKE äußerte der CDU-Abgeordnete **Sebastian Ehlers**. Sie steht nach seiner Ansicht unter dem Eindruck der Parteigründung von Sahra Wagenknecht. „Das Projekt der Westausweitung der früheren PDS, heutige LINKE, ist gescheitert.“ DIE LINKE sei eine ostdeutsche Regionalpartei, nur deutlich geschwächer. Ehlers wies auch den Populismus-Vorwurf gegen seine Partei zurück. So fordere die LINKE im Bund ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro. „Im Bund ist das einfach zu fordern, da trägt man ja auch keine Verantwortung.“ Als dann die CDU ein 100-Millionen-Euro-Sofortprogramm für MV gefordert habe, sei dies aus Sicht der LINKEN natürlich nicht möglich gewesen. „Das ist Populismus, das sehen die Wähler auch“, betonte Ehlers. Die LINKE nehme auch die Probleme der Menschen nicht auf, wenn deren Bundespartei-vorsitzende Janine Wissler erkläre, es gebe in Deutschland kein Flüchtlingsproblem.

„Der Populismus wird uns ohne Zweifel in den nächsten Monaten und Jahren begleiten“, sagte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Dr. Harald Terpe. Dabei würden sich die AfD und die Wagenknecht-Partei als „wahre Vertreter des Volkes“ inszenieren. Populisten wachsen unter realen Krisenlagen und aus dem Gefühl heraus, dass die handelnde Politik nicht entschlossen die Probleme angeht. Derzeit seien die Menschen in MV vor allem über die Energiekrise oder die Kriege in der Ukraine und Israel besorgt. „Die Welt ist in einer Schieflage und die AfD muss derzeit aktiv überhaupt nicht die Krisen heraufbeschwören“, sagte Terpe. Die AfD erfülle aber derzeit die Kriterien des Populismus: „Stammtisch-Niveau, Versprechungen machen, ohne auf Umsetzbarkeit zu achten und die auf Stimmungen achtende Themenwahl.“ Gleichzeitig werde sich die neue Wagenknecht-Partei die ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West sowie die soziale Verunsicherung und die Abstiegsängste zu nutzen machen.

Die Menschen im Land erwarteten, dass im Landtag Lösungen erarbeitet werden, sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke.** „Seit ich hier in diesem Landtag [Oktober 2021 – Anm. d. Red.] sitze, habe ich nicht den Eindruck, dass wir hier an Lösungen arbeiten.“ Jeder würde dem anderen seine Argumente entgegenschmettern, gleichzeitig aber kein Stück bereit sein, sich auf die Argumente des anderen einzulassen. „Ganz viele hier sind nicht in der Lage, auch nur einen Hauch eines Perspektivwechsels mal einzunehmen und zu hinterfragen, kann der andere aus seiner Perspektive



Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



René Domke (FDP)



Christine Klingohr (SPD)

nicht vielleicht auch mal recht haben“, erklärte Domke. Dieses Verhalten fördere gerade den Populismus und dass Ängste geschürt werden und zu Argumenten gegriffen wird, die eigentlich überhört sind. „Das verunsichert die Menschen“, betonte der FDP-Politiker. Er sehe im Parlament auch ganz wenig persönlichen

Respekt und Wertschätzung. Die Meinungen müssten ja nicht geteilt, aber der andere müsse respektiert werden. Domke kritisierte manche Ausschusssitzung, in der nicht mal Argumente ausgetauscht werden. „Das geht doch nicht. Wofür sind wir denn gewählt worden?“

Auch **Christine Klingohr** (SPD) nutzte die Aussprache, um den Blick auf die Umgangsformen im Parlament zu richten. „Das, was wir hier uns tagtäglich oft an parlamentarischer Kultur anbieten, ist unseren Bürgern unwürdig.“ Das sei nicht zielführend und führe bei den Menschen, die den Abgeordneten noch interessiert zusehen, zur Verunsicherung. „Mit Rückkehr zur Wertschätzung und Sachlichkeit können wir dem entgegenwirken. Hier liegt derzeit unsere größte Chance und ich befürchte, auch unsere einzige.“ Zukunftsängste gehörten zum Leben, betonte Klingohr. „Aber wenn man Zukunftsängste von Menschen schürt, dann wird es ungemütlich.“ Leider würden Zukunftsängste auch politisch benutzt oder missbraucht. Wenn man sich davon einen eigenen Vorteil verspricht, dann werde dieses Register immer wieder bis zur Verantwortungslosigkeit bedient. „Um Lösungen anzubieten, brauchen wir mehr gemeinsame positive Impulse“, forderte die SPD-Politikerin. „Mit Rückkehr zur Wertschätzung und Sachlichkeit können wir vielen Ängsten und Verunsicherungen erfolgreich entgegenwirken.“

Fotos: Uwe Sinnecker / Archiv

Antrag zu Beibehaltung von Ackerflächen

Umweltschutz im Einklang mit Landwirtschaft gefordert

■ In einem Agrarland wie MV ist jeder Quadratmeter landwirtschaftlicher Nutzfläche wertvoll. Doch Jahr für Jahr werden Gewerbegebiete, Häuser oder Infrastruktur auf ehemaligen Ackerflächen errichtet. Zusätzlich werden Wiesen zu Moorlandschaften renaturiert. Seit einiger Zeit gehören auch Photovoltaik und Windkraftanlagen zum Erscheinungsbild des ländlichen Raums.

Diesen fortschreitenden Schwund landwirtschaftlichen Bodens wollte die AfD nicht hinnehmen. Sie warnte in einem Antrag vor steigenden Pachtpreisen, die Landwirte in ihrer Existenz bedrohten. Gleichzeitig führe der forcierte ökologische Landbau zu Ertragseinbußen. Da die Summe dieser Veränderungen die Selbstversorgung in Deutschland beeinträchtigt, plä-

dierte die AfD für einen ausgewogenen Ansatz zwischen Umweltschutzmaßnahmen und den Bedürfnissen der Landwirtschaft.

„Der AfD-Fraktion geht es ganz klar um den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen“, stellte **Jens Schulze-Wiehenbrauk** (AfD) voran. Leider sei „der größte Treiber“ des Verlusts von Anbaufläche die



Das Hangquellmoor Binsenberg erstreckt sich über ca. 36 Hektar Fläche. In den 1980er Jahren wurde das Moor durch Entwässerung stark gestört. Seit 2009 findet die Revitalisierung dieses Moor-Lebensraumes statt.

Renaturierung. Die Hälfte der landesweiten 300.000 Hektar Moorflächen werde landwirtschaftlich genutzt. Beispiele seien das Tollensetal oder die Friedländer Wiesen. Renaturierung ermögliche zwar den Anbau sogenannter Paludikulturen, wie etwa Schilfrohr. Mit diesem „Trick“ blieben Moore weiterhin Landwirtschaftsflächen, gingen den Bauern aber verloren. Das zweite Problem sei die Kultivierung von Mais, Raps oder Zuckerrüben auf zwei der 16,8 Millionen Hektar der Felder in Deutschland – aber nicht als Nahrungsmittel, sondern für Kraftstoffe. Ackerland ließe sich nicht „vermehrten“, aufgegebene Nutzfläche kaum wieder zurückgewinnen, begründete der Abgeordnete das Anliegen des Antrages.

Sowohl die Landwirtschaft als auch der ländliche Raum stellten die „Zukunftsräume“ dar, wo „nach wie vor“ die Versorgungssicherheit garantiert werde, versicherte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD). Gleichwohl seien sie entscheidend für die Daseinsvorsorge bei erneuerbarer Energie, Klima- und Umweltschutz und somit „für die Menschheit als überlebenswichtig anzusehen“. Es tue ihm leid, „wenn sie das alles in Frage stellen“, richtete der Minister an die AfD.

Er erkannte Lücken in der Selbstversorgung bei Obst und Gemüse, aber bei Getreide, Milch, Kartoffeln und Fleisch sei die Landwirtschaft in MV eine der leistungsfähigsten Europas.

Dr. Backhaus sah keine Diskrepanz zwischen verfügbaren Flächen und Versorgungssicherheit. Denn heute werde we-

niger Grünland für die Lebensmittelproduktion benötigt. Wenn Klimaschutz, Artenschutz, sauberes Wasser und gesunde Ernährung zusammen gedacht werden, dann biete Paludikultur die Chance, in MV eine „Modellregion“ der „nassen Landwirtschaft“ mit neuen Wertschöpfungsketten aufzubauen.

Thomas Diener (CDU) erinnerte das Parlament an den Antrag seiner Fraktion zur Ernährungssicherheit vom Januar des Jahres. Dort habe die CDU deutlich gemacht, dass angesichts von Hunger und Mangelernährung in der Welt, die Landwirtschaft in einer Gunstregion wie Europa, „nicht künstlich eingeschränkt werden darf“.

Doch weiterhin werden Flächen stillgelegt oder für Infrastrukturvorhaben umgewidmet, beklagte der Abgeordnete und fügte hinzu: „Nach wie vor sollen 17 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unseres Bundeslandes unter Wasser gesetzt und wertvolle Agrarflächen aufgeforstet werden.“ Probleme „in andere Regionen der Welt [zu] verlagern“ sei, „weder ethisch noch wirtschaftlich vertretbar“. Da viele Maßnahmen zur Nahrungsmittelproduktion die Bundes- oder europäische Ebene betreffen, sei hier die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aktiv. Der vorliegende Antrag werde abgelehnt.

Die Drucksache der AfD „suggeriert, dass unsere Selbstversorgung mit heimisch produzierten Lebensmitteln gefährdet ist“, führte **Dirk Bruhn** (DIE LINKE) aus. Die Zahlen sprächen dagegen. So lägen die Selbstversorgungsgrade für Fleisch,

Milch, Kartoffeln, Zucker und Getreide bei über 100 Prozent. Die Unterversorgung mit Obst sei eine Kostenfrage und könne geändert werden, wenn man wolle. Die Unterstellung einer abnehmenden Selbstversorgung habe „nichts mit der Realität zu tun“.

Entgegen der Forderung der AfD werde die Regierungskoalition den Ausbau von Wind- und Solarenergie „deutlich beschleunigen“. Sie werde „Moore wieder zu aktiven CO₂-Speichern“ umwandeln und dabei „ein Wirtschaften mit Moorschonender Stauhaltung fördern“.

Der Antrag sei „völlig aus der Zeit gefallene, rückwärtsgewandte Politik“, kritisierte Dirk Bruhn die AfD und daher nur abzulehnen.

Das Thema des nachhaltigen Umgangs mit Fläche, insbesondere mit Agrarflächen „ist ein absolut wichtiges Thema“ und beschäftige auch seine Fraktion, bestätigte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Doch der Antrag enthalte „Unwahrheiten“ gerade in Bezug auf die Selbstversorgung. Dass weniger Obst und Gemüse produziert als konsumiert werde, liege unter anderem am hohen Flächenanteil für Futtergetreide. Man könne „Millionen mehr Menschen“ sattbekommen, wenn der Fleischkonsum „freiwillig“ sinke.

Der Abgeordnete warf der AfD vor, in Schwerin „den Bau einer völlig sinnbefreiten Umgehungsstraße“ trotz Verlust von „15 Hektar guter Ackerböden“ zu befürworten. Sie spiele sich nur bei der Verhinderung von erneuerbarer Energie oder Klima- und Naturschutz „als die heilige Schutzpatronin der Agrarflächen auf“. Vorschläge für eine „zukunftsfähige Flächenpolitik“ fehlten „diesem populistischen Antrag“. Seine Fraktion lehne ab.

Die Forderung, keine weiteren landwirtschaftlichen Nutzflächen für die Errichtung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen auszuweisen, „bricht schlicht Bundesrecht“, mahnte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Das müsse die AfD im Bundestag vorbringen und nicht den Landtag „zu gesetzeswidrigen Beschlüssen auffordern“, wies die Abgeordnete das Ansinnen zurück.

Die allgemeine Formulierung, weniger Flächen zu renaturieren, stehe zudem in Konflikt mit der EU-Rechtsprechung. Auch die geforderte Beschränkung der Aufforstung und die Forderung nach ei-

ner Statistik, wie viel Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche für erneuerbare Energien aufgegeben würden, konnte die Abgeordnete „nicht nachvollziehen“. Die Fremdnutzung von landwirtschaftlicher Fläche stelle ein Problem dar. Dem „müssen wir uns auch stellen“, aber eher durch „sehr sorgfältiges“ politisches Handeln und nicht mit diesem Antrag.

„Die Böden sind nicht vermehrbar“, betonte auch **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD). Daraus resultiere „ein hoher Investordruck auf jede noch so kleine Splitterfläche“.

Sie wolle die Bedeutung der Wiedervernässung von Niedermooren hervorheben. Durch die ackerbauliche Nutzung der Moore „schwinde die Bodenmasse, der gebundene Kohlenstoff entweicht und verbindet sich mit dem Sauerstoff zu CO₂“. Im Polder Drammendorf auf Rügen führte dieser Prozess innerhalb von 60

Jahren zu einem Verlust von 70 cm Boden. „Es ist also höchste Zeit, die Reißleine zu ziehen“, befand die Abgeordnete.

Moore können „klug“ mit „nassem Ackerbau“ verbunden werden und pflanzliche Paludi-Rohstoffe als Ersatz für erdölbasierte Produkte dienen. Auf keinen Fall dürfe der Natur- und Klimaschutz gegen die Landwirtschaft ausgespielt werden. Darum stimme die SPD diesem Antrag nicht zu.

Am Ende der Debatte griff **Jens Schulze-Wiehenbrauk** (AfD) die zutage getretenen Doppelstandards auf. Deutschland importiert landwirtschaftliche Rohstoffe im Wert von 10 Milliarden Euro. Darunter seien große Mengen Sojaschrot aus Brasilien, wofür der Urwald gerodet werde. Er erinnerte auch daran, dass in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung nur 0,2 Hektar Landwirtschaftsfläche zur Verfügung stünde – wesentlich weniger als

notwendig. Das bedeute, man greife durch Importe auf landwirtschaftliche Nutzflächen im Ausland zu.

Zur Thematik Photovoltaik verwies der Abgeordnete auf die Ertragslage eines Landwirts von ungefähr 300 bis 400 Euro pro Hektar. Die Vergütung für Solaranlagen könne bis zu 4.000 Euro betragen. Es sei verständlich, wenn Landwirte dann „diesen Weg gehen“. Auch der Blumenerde-Import aus den baltischen Republiken offenbare Doppelmoral. Ganze Moore seien dort „inzwischen weg exportiert worden“. Aber in Deutschland dürften Moore „nicht angefasst werden“. Der Antrag wurde bei Zustimmung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und Ablehnung aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

*Antrag AfD
Drucksache 8/2727*

Runder Tisch zur Ganztagsbetreuung

Ein qualitativ hochwertiger Ganztag braucht strategisches Konzept

■ Die im Sommer 2026 in der gesamten Bundesrepublik eingeschulten Kinder werden zum ersten Mal ein Recht auf Ganztagsbetreuung haben. Das betreffende Bundesgesetz überlässt den Ländern die Gestaltung der Angebote.

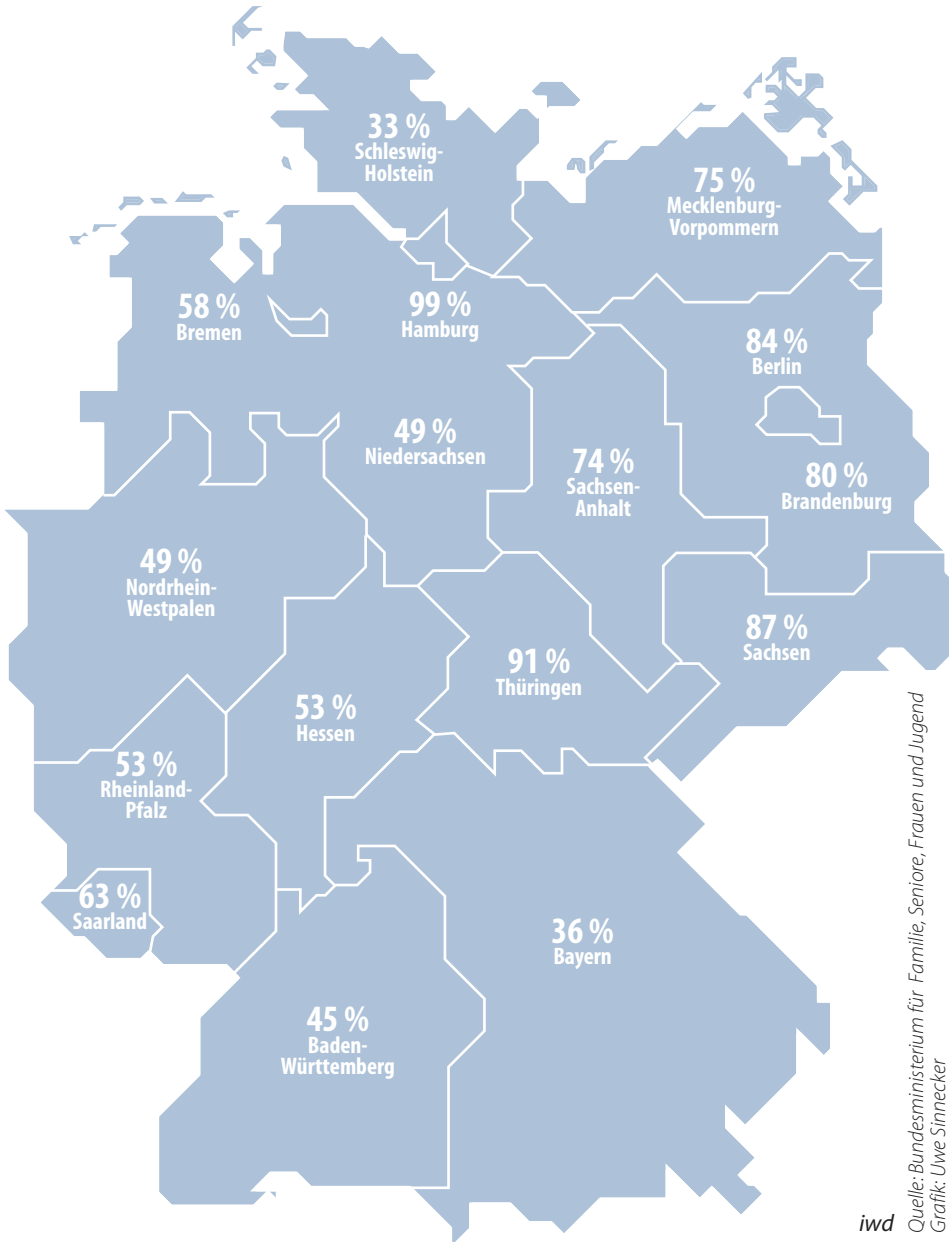
In MV garantieren entweder Ganztagschule oder Hort die Vollzeitbetreuung. Beides wird sehr gut genutzt. Prognosen sagen eine steigende Auslastung voraus, womit ein höherer Fachkräftebedarf einhergeht. Die neue Gesetzgebung griff BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Herausforderung, aber auch als Chance auf, um nach neuen Möglichkeiten der „Verzahnung“ von Hort und Schule zu suchen. Dazu möchte die Fraktion mit einem Runden Tisch aller Akteure bis 2026 eine „ganzheitliche Strategie“ der Ganztagsbetreuung im Land erarbeitet sehen. Ein entsprechender Antrag fand einstimmigen Zuspruch im Parlament.

„Die Aufgabe ist klar“, richtete **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an ihre Kollegen: „Lassen Sie uns gemeinsam an die Arbeit gehen und mit den kommunalen Spitzenverbänden, Schulträgern, [...] außerschulischen Partnern und der Politik den Ganztagsanspruch ab 2026 gut ausgestalten.“ Dabei gehe es um die Fachkräftesituation, außerunterrichtliche Angebote oder die räumlichen Gegebenheiten in den Schulen. Egal wie man es „dreht und wendet“ – „wir müssen handeln und brauchen dafür eine Gesamtstrategie“, am besten am Runden Tisch entworfen, schlussfolgerte die Abgeordnete. Denn das Thema Bildung „brennt“, und darum müsse es „zu einer konstruktiven Lösung im Sinne der Kinder kommen“. Die Kooperation ihrer Fraktion mit SPD und DIE LINKE sende ein „Signal“ ins Land, „dass wir uns gemeinsam um die Lösung der Herausforderungen in unserem Bildungssystem kümmern“.

Der Antrag sehe die Einberufung eines Runden Tisches vor, „und so sehe ich das auch“, stimmte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) zu. „Alle an einen Tisch, um keine Chancen zu vergeben, sondern Chancen zu ermöglichen“, sei ganz in ihrem Sinne.

Bereits seit Jahresanfang konzipiere ihr Ministerium mit dem Kompetenzzentrum Inklusion/Transition des Instituts für Sonderpädagogische Entwicklungsförderung und Rehabilitation der Universität Rostock eine Strategie. Dies könne am Runden Tisch weitergeführt werden. Obwohl der Ausbau der Ganztagsplätze nicht dem Land obliege, unterstütze es diese Anstrengungen. So habe das Land auch die Ausbildungsplätze für Erzieher erhöht, denn über den exakten Bedarf an Hortplätzen „streiten sich derzeit noch die Geister“. Hier könne der Runde Tisch ansetzen, genauso wie bei weiteren Themen, „über die es sich lohnt, gemeinsam zu beraten“.

Ganztagsbetreuung: Für Grundschüler keine Selbstverständlichkeit



So viel Prozent der Grundschüler in Deutschland besuchten im Schuljahr 2020/21 eine Ganztagschule oder einen Hort

iwid

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 Grafik: Uwe Sinnecker

Wenn das Konzept bis 2026 vorliegen sollte, gab **Torsten Renz** (CDU) zu bedenken, werde es „höchste Zeit, dass wir uns auf den Weg machen, dieses Ziel hier gemeinsam zu realisieren“. Der Abgeordnete verwies auf die „Vorgeschichte“ des Antrags. Trotz anfänglicher Ablehnung von DIE LINKE konnte die CDU mit Unterstützung der SPD ein Expertengespräch im Bildungsausschuss durchführen. Dort stellte sich „Handlungsbedarf ohne Ende“ heraus und führte folglich zu dem nun vorliegenden Antrag. Dem wolle die CDU zustimmen, denn es bestünde „dringender strategi-

scher Handlungsbedarf“. Deswegen sei es gut, dass SPD und DIE LINKE dies mittrügen. Torsten Renz fragte sich, ob man sich selbst „unnötigen politischen Druck“ mache und die Umsetzung unter den momentanen „gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen“ bis 2026 realistisch sei. Vielleicht könne man in Berlin „im Sinne der Sache“ einen Aufschub von zwei bis drei Jahren erreichen.

Der Antrag besage, dass viele Schüler die Mindeststandards im Lesen, Rechnen und Schreiben nicht beherrschten, richtete **Enrico Schult** (AfD) an BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN. Ein AfD-Antrag dazu wurde kürzlich abgelehnt. Dabei liege das Problem klar „auf der Hand“ und es sei ungewiss, ob Ganztagschulen dies beheben werden. Die AfD-Fraktion vertrete die Ansicht, „dass natürlich die Eltern auch eingespannt werden müssen“, diese Elementarbildung sicherzustellen. „Der Staat kann nicht für alles verantwortlich zeichnen“ und die Ganztagschule sei „kein Allheilmittel“. Ein weiterer Punkt, der auch in die Diskussion mit einfließen müsse, sei die Belastung der Lehrer. Die AfD erkenne den Redebedarf, sehe „aber in erster Linie den Bildungsausschuss als Ort“ der Berichterstattung und Debatte. Enrico Schult stimmte Torsten Renz zu, dass die Umsetzung des Bundesgesetzes mehr Zeit brauche, da zunächst die Bedingungen geschaffen werden müssten.

Andreas Butzki (SPD) dankte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Einbringung des Antrages und das Einvernehmen bei der Formulierung der Änderungsanträge. Er erwähnte, dass schon der Koalitionsvertrag von SPD und DIE LINKE die Umsetzung der ganztägigen Betreuung im Grundschulalter vorsehe und die engere Zusammenführung von Hort und Schule anstrebe.

Der Politiker listete als „die großen Vorteile der Ganztagsbetreuung“ auf: Hausaufgaben werden erledigt, berufstätige Eltern entlastet, das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülern werde enger, es gebe Zugang zu kreativen oder sportlichen Aktivitäten und vieles anderes mehr.

In MV bestehe „eine gute und bewährte Zusammenarbeit zwischen Schule und Hort. Es gibt ein dichtes Netz von ganztätig arbeitenden Grundschulen und Horteinrichtungen“. Die Einrichtung eines RundenTisches komme zur richtigen Zeit und ergänze die Arbeit der Regierungskoalition gewinnbringend.

Sabine Enseleit (FDP) hielt der Regierungsfraktion vor, dass verschiedene Experten bereits in Anhörungen das fehlende Konzept angesprochen hätten. Auch suche man im Haushalt vergebens nach Positionen für die Unterstützung von Ganztagschulen, zum Beispiel für Baumaßnahmen. Auf eine Nachfrage der FDP hieß es sinngemäß, man werde einfach das Bisherige fortführen, zeigte sich die Abgeordnete unzufrieden. Wer

glaube, das reiche „hat nicht verstanden, was Ganztags ist“. Ganztägiges gemeinsames Lernen leiste „einen großen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit“, aber auch für „Leistung und Schulerfolg“. Dies setze eine „gute Verzahnung von Vormittags- und Nachmittagsangeboten voraus“. So werde sichergestellt, „dass Kinder nach ihren individuellen Bedürfnissen und Interessen gefordert und gefördert werden“ – etwas, was „angesichts der aktuellen Entwicklungen und Defizite im Bildungsbereich wichtiger denn je“ sei. Die FDP hätte diese Herausforderungen lieber früher angepackt, honoriere aber, dass sich der Sache nun angenommen werde. Sie stehe bereit, hier mitzuwirken.

Ihrer Fraktion sei daran gelegen, so **Jeanine Rösler** (DIE LINKE), alle Beteiligten – die Kommunen, die Träger der Jugendhilfe und außerschulische Lernpartner – an einen Runden Tisch zu bekommen und mit ihnen in den Austausch zu treten. Auch Eltern und Lehrkräfte seien in

diesen Prozess einzubeziehen. Dieser Prozess fange „längst nicht bei null an“, wies sie die Kritik ihrer Vorrednerin zurück.

Die „Kooperationsinitiative für ganztägiges Lernen in MV“ sei ein „ganz hervorragendes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partnern“. Oder die „Serviceagentur Ganztägig lernen MV“, die thematische Netzwerke ganztägigen Arbeitens an Schulen initiiert, koordiniert und begleitet. Das sei natürlich ausbaubar.

Eine Zusammenführung von Hort und Schule befürworte DIE LINKE nicht, da dann die Vielfalt der Träger verloren ginge und eine „Verschulung des Hortes oder der Nachmittagsbetreuung“ drohe. Ansonsten laufe die Fachkräfteoffensive „durchaus erfolgreich“, man sei da „auf einem guten Weg“.

„Es ist ein wirklich gutes Gefühl“ zu erleben, wie ein Antrag einer Oppositionsfraktion „so breite Zustimmung findet“,

freute sich **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) am Ende der Debatte. Das mache sie „hoffnungsfroh, weil dies für sie „das Wesen von Demokratie“ veranschauliche. Es stimme sie aber vor allem für die Schüler, die Schulen und das Bildungssystem „hoffnungsfroh“, denn: „Wir wissen alle, so wie es ist, kann es nicht bleiben.“ Durch diesen einmütigen Aufbruch zu Verbesserungen für wahrhaft gute Bildung an unseren Schulen, sei man nun „schon einen Schritt weiter“.

Der Antrag als auch die Änderungsanträge wurden einstimmig angenommen.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2721
hierzu

Änderungsantrag DIE LINKE, SPD
Drucksache 8/2768

Änderungsantrag DIE LINKE, SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2770

Debatte über Gendern an Schulen

CDU scheitert mit Antrag auf Anwendung von Sprach-Regelwerk

■ Wenn es ums Gendern geht, kochen regelmäßig die Emotionen hoch. Das Gender-Sternchen, der Unterstrich oder der Doppelpunkt in Worten zur Verdeutlichung, dass Frauen und Männer gemeinsam gemeint sind, führt wie kaum ein anderes Thema zu teils heftigen Diskussionen. Davon sind auch Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht ausgenommen.

Die CDU-Fraktion hat die Notwendigkeit klarer Rechtschreibregeln betont und die ordnungsgemäße Anwendung des amtlichen Regelwerkes des Rats der deutschen Rechtschreibung in den Schulen angemahnt. „Bildung braucht klare Regeln“, sagte der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz** (CDU). Er verwies auf einen ak-

tuellen Vorgang im französischen Senat. Dort sei ein Gesetz verabschiedet worden, das das Gendern in Gesetzestexten, aber auch in Gebrauchsanweisungen oder Verträgen verbietet. Dies zeigt laut Renz, dass im europäischen Raum über die Sprache und die strikte Anwendung von Regeln diskutiert werden muss. Renz betonte, dass der CDU-Antrag kein Verbot und keine Neuregelung beinhalte. Es müssten viel mehr geltende Regeln eingehalten und zur Anwendung gebracht werden. „Dort gibt es keinen Handlungsspielraum.“ Wenn die Kultusministerkonferenz (KMK) beispielsweise Rahmenlehrpläne nach dem Regelwerk der Rechtschreibung für verbindlich erklärt, könne keine Lehrkraft in MV eigenständig diese Regeln außer Kraft setzen. „Abweichungen davon sind als Fehler zu bewerten“, betonte Renz. Wenn zwei Drittel der Bevölkerung gegen das Gendern seien, dann werden Erziehungsmaßnahmen von oben nicht erfolgreich sein.

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) wies den CDU-Antrag zurück. „Wir werden aufgefordert, etwas zu unterlassen, was überhaupt nicht Unterrichts- und auch nicht Rechtspraxis ist.“ Die Lehrkräfte setzten den entsprechenden KMK-Beschluss zur Sicherung der

Chancen durch geschlechtersensible Bildung um. In MV gelte grundsätzlich, dem amtlichen Regelwerk des Rats für deutsche Rechtschreibung zu folgen. „Es wird in den Schulen kein Sternchen, kein Unterstrich beigebracht.“ Aber wenn die Schülerinnen und Schüler Sternchen oder Unterstrich schreiben, gelte das nicht als Fehler. Selbstverständlich werde darüber hinaus, das gendergerechte Schreiben im Unterricht thematisiert. Das gelte aber nicht für die Nutzung. Die Schulleitungen und Lehrkräfte müssten sich aber an die geschlechtergerechte Kommunikation halten, zu der es gesetzliche Regelungen gibt. Da gehe es um die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Amts- und Rechtssprache, sagte Oldenburg.

Der AfD-Abgeordnete **Enrico Schult** verwies darauf, dass die CDU bei ihrem Antrag bei der AfD kopiert habe. Seine Partei habe im Dezember 2022 einen vergleichbaren Antrag eingebracht. Nach Meinung der AfD ist die Gendersprache selbst diskriminierend. Sie grenze von der „Normalbevölkerung“ ab. „Die progressive Minderheit in der Verwaltung meint nun, so schreiben zu müssen und der deutlichen Mehrheit der Bürger vorzuschreiben, wie sie zu schreiben habe“,



Der Duden gilt allgemein als das Nachschlagewerk der Deutschen Rechtschreibung. Laut der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) besitzt der Duden jedoch keinerlei Verbindlichkeit. Heute sei ausschließlich das amtliche Regelwerk des Rates für deutsche Rechtschreibung bindend.

sagte Schult. Er machte klar, dass jeder zu Hause schreiben und reden darf, wie er will. „Wir wollen aber, dass die Ministerien, die Verwaltung und die Schulen in regelkonformer Sprache kommunizieren. Die Behörden haben sich an die Regeln der deutschen Sprache zu halten. Die Behörden und Ministerien hätten nicht die Legitimation, die Gendersprache anzuwenden. Die übergroße Mehrheit der Bürger wolle diese Sprache nicht.“

Die SPD-Fraktion stehe hinter dem Satz im CDU-Antrag, wonach die Sprache einem stetigen Wandel unterliege, betonte **Nadine Julitz** (SPD). Aber in MV gebe es keine „Genderpolizei“, die vorschreibt, wie wer zu denken hat, fügte sie hinzu. Gleichstellung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der Sprache beitragen kann. Sie verwies auf Studien, dass geschlechtergerechte Sprache kindliche Berufsvorstellungen beeinflussen kann. Zudem würden sich deutlich mehr Frauen auf Stellen bewerben, wenn nicht ausschließlich das generische Maskulinum verwendet wird. „Die SPD sieht keinen Anlass für den CDU-Antrag“, sagte Julitz. In den Schulen in MV gelte grundsätzlich, dass dem amtlichen Regelwerk gefolgt werde. Es gebe keinen Hinweis darauf, dass sich Schulleitungen nicht daran halten. Julitz habe jedoch keine Bedenken, wenn Schüler die Gen-

dersprache verwenden. „Sprachveränderung kommt nicht von heute auf morgen, Sprachveränderung braucht Zeit und kontroverse Debatten.“

„Es gibt Themen, über die muss man nicht reden, sondern muss sie geschehen lassen“, sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die CDU starte mit ihrem Antrag den Versuch, das Gendern an Schulen zu verbieten. Gendern sei ein „schönes Aufregertema“, mit dem die CDU Wähler zurückgewinnen möchte und um in sozialen Netzwerken Stimmung zu machen. Wegner forderte die CDU auf, sich über Geschlechtergerechtigkeit Gedanken zu machen anstatt bei den Rechtsextremen zu fischen. Die CDU solle laut Wegner eher versuchen, die Verteilung etwa von Pflegearbeit auf die Geschlechter zu verändern oder eine familienfreundliche Arbeitszeit für Väter einzuführen. „Sie standen doch mal für Familienpolitik“, sagte Wegner in Richtung CDU. „Seien Sie doch authentisch und ehrlich konservativ anstatt sich beim Thema Gendern und Sprache ein ums andere Mal im Populismus zu verirren.“

Der Rat der Deutschen Rechtschreibung habe zum Gendern eine eindeutige Entscheidung getroffen. „Die Schule ist somit verpflichtet, sich im Bereich der Rechtschreibung an die amtlichen Vor-

gaben zu halten“, betonte **Sabine Enseleit** (FDP). In den Hochschulen sehe die Situation anders aus. „Hier ist die Tendenz zum Gendern deutlich ausgeprägt und aufgrund der Hochschulautonomie schwerer zu kontrollieren.“ Seit der Entscheidung des Rats der Deutschen Rechtschreibung hätten viele Einrichtungen das Gendern beendet. Es gebe weiter Defizite bei der gleichberechtigten Darstellung von Mann und Frau in vielen Bereichen der Schulen. Dies zeige sich besonders deutlich in Wirtschaftsbüchern, sagte Enseleit. Laut KMK ist das staatliche Schulwesen dem Ziel verpflichtet, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und aktiv auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. „Hier muss noch nachgearbeitet werden“, sagte die FDP-Politikerin.

„Das sogenannte Gendern ist mal wieder Thema. Es langweilt nicht nur unsere gleichstellungspolitische Sprecherin, es langweilt auch mich“, erklärte **Michael Noetzel** (DIE LINKE). Es gebe keinen neuen Aspekt, nachdem bereits im vergangenen Dezember die AfD einen entsprechenden Antrag eingereicht hatte. Und es gebe auch keinen neuen Sachstand. „Wir leben in einer Zeit, in der geschlechtliche Vielfalt anerkannt ist“, sagte Noetzel. Dem müsse auch Sprache folgen, mit einer entsprechenden Möglichkeit der Berücksichtigung und Ansprache aller Menschen. Das sei eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht mit orthografischen Regeln gelöst werden könne. Deshalb sei es folgerichtig, dass sich die Schule damit beschäftigt. Aber die Lehrer würden den Kindern keine Gendersprache beibringen. „In den Schulen wird in schriftlicher Form nach dem amtlichen Regelwerk gelehrt – Punkt.“

Der Antrag wurde bei Zustimmung von CDU, FDP, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und bei Ablehnung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/2610

Permanente Aufgabe Küstenschutz

Vergleichsweise geringe Schäden bei Oktober-Sturm

■ Die Küsten in MV umfassen eine Länge von mehr als 1900 Kilometer. Sie sind alle den Kräften des Wassers und der Stürme ausgesetzt. Sie in Gänze zu schützen, ist nicht möglich. Vorrang haben bewohnte Gebiete.

Der heftige Sturm vom 20. und 21. Oktober hat nach Ansicht der SPD-Fraktion gezeigt, dass der Küstenschutz eine permanente Aufgabe ist und nicht vernachlässigt werden darf. „Die Deiche sind die stärksten Maßnahmen des kontinuierlichen Schutzes unserer besiedelten Küstengebiete. Sie müssen aber unterhalten und gepflegt werden“, sagte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) in einer von den Sozialdemokraten initiierten Aktuellen Stunde. Es seien neue Deiche gebaut worden, die auch den Anforderungen in den kommenden Jahrzehnten genügen werden. Es sei einer der schönsten Effekte des Küstenschutzes, dass die meisten Deiche nunmehr Teil des Radwegenetzes sind, betonte die SPD-Politikerin. Das Problem sei, dass Menschen auch in Gebieten siedelten, die sich das Meer zurückholen möchte. „Unsere Aufgabe ist es, diese besiedelten Gebiete nach bestem Wissen und Gewissen und entsprechend den technischen Möglichkeiten zu schützen“, sagte Rahm-Präger. Dies sei beim Oktober-Sturm gelungen. Es sei wichtig, genau im Blick zu behalten, an welchen Stellen und Regionen künftig Schutzmaßnahmen errichtet werden müssten. „Wir werden mit unseren Steuergeldern gemeinsam die Siedlungsstrukturen schützen.“ Dies könne aber nicht für Überflutungsgebiete gelten wie etwa den Bug auf Rügen. Es könne nicht der Allgemeinheit aufgelastet werden, solche Gebiete zu schützen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Küsten- und Hochwasserschutzes ist laut Landwirtschafts- und Umweltminister



Foto: nordreport

Welche Kraft das Hochwasser im Oktober 2023 hatte, lässt sich an der stark beschädigten Mole in Sassnitz ablesen.

Dr. Till Backhaus (SPD), die bebauten Gebiete mit einem Ortskern zu schützen. Damit solle die Sicherheit der Einwohner und der kapitalen Werte gewährleistet werden. MV sei bei der letzten Sturmflut im Oktober zu keiner Zeit bedroht gewesen und Menschen seien nicht in Gefahr gekommen. „Unsere Küstenschutzanlagen haben ihre Aufgaben vollständig erfüllt“, sagte der Minister. Dabei hob er das Sperrwerk Greifswald hervor, das für rund 30 Millionen Euro gebaut wurde. „Ein Segen. Teile von Greifswald hätten unter diesen Bedingungen unter Wasser gestanden.“ Seit der Wende seien in den Hochwasser- und Küstenschutz mehr als 600 Millionen Euro investiert worden. „Hervorragend angelegtes Geld.“ Leider seien beim aktuellen Sturm landesweit Schäden in Höhe von 56 Millionen Euro entstanden. Es gelte: „Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser.“ Der Küstenschutz bleibe permanente Aufgabe und es gebe keine Hochwasser- und Sturmflutdemenz. „Denn der Klimawandel schlägt zu – erbarmungslos.“ Derzeit liefen die Planungen für den Küstenschutz bis ins Jahr 2100 mit einem Klimaanschlag bei der Meereshöhe von einem Meter. Backhaus machte deutlich: „Wir können und werden nicht überall an jeder Stelle Steilküsten oder nicht bebaut Gebiete schützen können.“

Die Ostseeküste befinde sich in stetigem Wandel ausgelöst durch das Klima – nicht durch den Klimawandel, erklärte **Thore Stein** (AfD). Die Küste werde niemals eine endgültige Gestalt annehmen. „Wir können nicht jeden Kilometer Küste

schützen. Wir müssen als Gesellschaft abwägen, welcher Teil geschützt werden soll und welcher nicht“, erklärte er. Küstenschutz finde zwar lokal statt, habe aber stets auch regionale Auswirkungen. Das Hinterland werde geschützt. Deshalb dürften die Kommunen an der Küste nicht alleine gelassen werden. Das große Problem sei die Bürokratie. Es müsse mehr Flexibilität bei der Förderpraxis und der Abruflung der Bundesmittel gezeigt werden. Das Land schaffe es nicht, das Geld abzurufen. So seien allein in den Jahren 2014 bis 2018 rund 160 Millionen Euro liegengeblieben, von denen sicherlich etwas für den Küstenschutz hätte abgerufen werden können.

Das Thema Küstenschutz brenne den Menschen unter den Nägeln, sagte der CDU-Abgeordnete **Thomas Diener** (CDU). „Wer betroffen war, kann auch in der nächsten Woche oder im nächsten Jahr wieder betroffen sein.“ Er zitierte die SPD-Formulierung der aktuellen Stunde „Hochwasser- und Küstenschutz haben sich bewährt und wappnen unser Land auch in Zukunft.“ Dies spottete jeder Beschreibung, sagte Diener. „Jeder der sich mit dieser Thematik befasst, weiß, dass der Hochwasser- und Küstenschutz seit vielen Jahren vernachlässigt worden ist.“ So sei das Regelwerk „Küstenschutz in MV“ seit 2009 nicht fortgeschrieben worden. Den zuständigen Ämtern fehle das Personal. Das Regelwerk müsse dringend fortgeschrieben und an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Dabei müssten die Kommunen aus Landesmitteln unterstützt werden, betonte Die-

ner. Der Küstenschutz sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Doch bei der SPD-Fraktion und der Landesregierung sei nichts von Prävention, Innovation oder Solidarität zu spüren.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) zeigte sich darüber verärgert, dass Menschen ohne Achtung auf den Dünen herumtrampelten und sie schädigten. „Sie sind zum Schutz der Küsten unabdingbar.“ Etwa die Hälfte der Küstenlinie sei potentiell überflutungsgefährdet. MV habe heute ein so hohes Schutzniveau erreicht wie niemals zuvor. „Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.“ Er zeigte sich froh darüber, dass der Küstenschutz von den gegenwärtigen Kürzungen im Bundeshaushalt nicht betroffen sei. Seiffert hob den gelungenen Schutz von Greifswald, Wismar oder Warnemünde hervor, es sei aus den Ereignissen der vergangenen Jahrzehnte gelernt worden. „Aber immer noch gibt es Gemeinden, die touristische Infrastruktur oder Gewerbeansiedlungen in Überflutungsgebieten zulassen wollen.“ Wären solche Fehler in der Vergangenheit vermieden worden, wäre die Schadensbilanz im Oktober vielleicht etwas geringer ausgefallen. Nun solle genau überlegt werden, wie die Wiederherstellung der touristischen Infrastruktur erfolgen soll.

Auch **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankte sich bei den Einsatzkräften, die im Oktober die Bevölkerung vor den Auswirkungen von Sturm und Hochwasser geschützt haben. „Es ist ein gutes Gefühl, sich in solchen Situationen auf qualifizierte Fachkräfte im Haupt- und Ehrenamt verlassen zu können.“ Die Ostseeküste sei ein hochdynamisches, kein statisches Ökosystem. Küstenschutz sei nicht überall notwendig. „Diese Erkenntnis muss wesentliche Auswirkungen auf die Planung von Bauwerken und Infrastruktur im Küstenbereich haben“, sagte Damm. Man müsse vorausschauend planen, denn die Kosten für den Schutz der Küste seien enorm. Es müsse auch überlegt werden, wo sich der Mensch zurückziehen soll und dem Meer mehr Raum gegeben wird. Das erfordert ein Umdenken in mancher Amtsstube.“ Der Klimaschutz und die Klimaanpassung müssten neu justiert werden. Es sei die entscheidende Frage, ob die Pläne des Landes auf aktuellem Stand sind.

„Die Sturmfluten an der Ostsee haben wir mittlerweile fast jährlich zu beklagen und die werden nicht weniger. Im Gegenteil, es wird eigentlich immer schlimmer“, erklärte **David Wulff** (FDP). Wichtiger und vor allem günstiger als die stän-

dige Beseitigung von Schäden im Nachhinein sei die Prävention. Er bedauerte, dass seitens der Landesregierung zum Thema Innovation beim Küstenschutz wenig zu hören sei. Die Genehmigungen würden lange dauern und es sei immens schwierig, eine Finanzierung zu bekommen. Diese Diskussionsprozesse müssten abgekürzt werden. Die Finanzierung und der Bau von Deich- und Sperranlagen seien konsequent notwendig genauso wie bei Dünen und Buhnen.

Es sei zwar richtig, dass nicht jeder Küstenstreifen und jedes Haus geschützt werden könne. Gleichzeitig müsse jedoch bedacht werden, welches Signal den Menschen gegeben werde, die in solchen Gebieten und Häusern lebten und denen gesagt werde: „Tut uns leid. Aber Eure Häuser sind nicht werthaltig genug. Den Deich bekommt Ihr nicht.“ Zudem dürfe der Wirtschaftsfaktor der Strände nicht vergessen werden. Wenn Strände vom Sturm abgetragen werden, dauere es oft Jahre, bis der Sand wieder aufgespült werde. Das beeinträchtige die touristische Infrastruktur.

Interview

Drei Fragen an die Vorsitzende des Agrarausschusses Dr. Sylva Rahm-Präger

Wie kam es zu der Hochwassersituation im Oktober?

Die heutigen Küstenformen sind Ergebnis des Jahrtausende andauernden Kräftewirkens von Wind, Seegang, Strömungen, den Pegelständen und von der Änderung des Meeresspiegelniveaus. Unser Land – also Mecklenburg-Vorpommern hat eine Küstenlinie von 1945 km. Die Ostseeaußenküste umfasst 377 km und davon sind 128 km unsere Steilküsten, die mit ihren Abtragungen große Teile der Flachküstenbereiche mit dem feinen Badesand versorgen, den wir und unsere Urlaubsgäste an unseren Stränden so schätzen. Hochwassersituationen entstehen an unseren Küsten unter bestimmten



Vorsitzende des Agrarausschusses Dr. Sylva Rahm-Präger
Foto: Uwe Sinnecker/Archiv

Wind und Sturmverhältnissen. Nach meist lang anhaltendem und starkem Wind aus West-Südwest, der das Wasser in der Ostsee zuerst in Richtung Baltikum und in den Finnischen Meerbusen drückt, fließt über längere Zeit Wasser aus der Nordsee nach und kann ein Sturmhochwasser bis nach Sankt Petersburg auslösen. Dreht danach innerhalb weni-

ger Tage der Wind mit Sturm auf Nord bis Ost, wird das aufgestaute Wasser aus dem Osten plötzlich in die westliche Ostsee Richtung Rügen und Schleswig-Holstein zurückgedrückt. Durch die engen Belte und Sunde kann das Wasser nicht so schnell in die Nordsee zurück fließen und so steht das Hochwasser in der westlichen Ostsee.

Welche Schäden hat das Hochwasser verursacht?

Hochwassersituationen haben wir mehrfach im Jahr. Dafür gibt es die Klassifizierung in vier Klassen. Von einem Sturmhochwasser sprechen wir bei Wasserständen von 1,00-1,25 m über dem mittlerem Wasserstand. Eine mittlere Sturmflut bedeutet 1,25-1,50 m über mittlerem Wasserstand und eine schwere Sturmflut 1,50-2,00 m über mittlerem Wasserstand. Das Sturmhochwasser vom 20. zum 21. Oktober

war in Mecklenburg-Vorpommern ein mittleres Hochwasserereignis. Die Schäden an unseren Küsten waren sehr unterschiedlich mit Sandabtragungen in Strand und Dünenbereichen im Wertumfang von ca. 6 Mio. EUR bis zur Schädigung der Mole in Sassnitz in einem Wertumfang von 42 Mio. EUR. Insgesamt sind die Schäden bisher mit 56 Mio. EUR beziffert worden, wobei exakte gutachterliche Beurteilungen zum Teil noch ausstehen.

Welche Folgen hat dieses Hochwasser-Ereignis?

Sturmhochwasser haben wir in MV in den letzten Jahren bisher im Durchschnitt 1-2 mal im Jahr. Mittlere bis starke Sturmhochwasser eher alle drei Jahre, aber mit dem Anstieg des Meeresspiegels mit steigender Häufigkeit. Daher ist und bleibt der Schutz unserer Dörfer, Städte, Badeorte und unserer Infrastruktureinrichtungen die am Meer oder am Bodden liegen eine der wichtigsten Aufgaben unseres Landes, der Kommunen und natürlich mit den Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz auch des Bundes. Der Hochwasser- und Küstenschutz ist eine kontinuierliche, vorausschauende und stets einem Abwägungsprozess unterworfenen Aufgabe. Neue Küstenschutzanlagen, die dem Schutz bebauter Gebiete dienen werden auf ein Wiederkehrintervall von 200 Jahren bemessen, das heißt, dass alle aktuellen Erkenntnisse über den Anstieg des Meeresspiegels, veränderte Strömungen, Extremwetterereignisse aber auch die Hebung oder Senkung des Landes in die Berechnung und Planung eingepreist werden. Zukünftig ist es wichtig, genau zu prüfen, an welchen Stellen gebaut wird. Zum Schutz unserer besiedelten Gebiete und Urlaubsregionen setzen wir zu Recht Steuergelder ein. Das Erschließen neuer Gebiete, die nur schwer und teuer vor Hochwasserereignissen zu schützen sind, sollte genauestens geprüft werden und es muss die Frage eindeutig beantwortet werden, wer den Schutz übernimmt. Denn das kann und darf nicht die Aufgabe der Gemeinschaft sein.

Meldungen



Foto: nordreport

Einer der wenigen Fischer fährt auf dem Alten Strom in Warnemünde mit seinem Kutter Richtung Ostsee.

Debatte zur Situation der Kutter- und Küstenfischerei

Die Kutter- und Küstenfischerei steckt in einer schweren Krise. „MV hat gute Ideen für die Rettung der Fischerei vorgelegt“, sagte Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD). Diese beinhalteten unter anderem neue Techniken bei Fanggeräten und Booten oder eine finanzielle Grundsicherung als Überbrückung für die hauptberuflichen Fischer.

„Unsere Küstenfischer gehören auf See und nicht ins Museum“, erklärte Paul-Joachim Timm (AfD). Die AfD forderte einen Forschungsauftrag zur Ermittlung der periodischen Schwankungen der Fischbestände und die Ausweitung der Kormoran-Verordnung. Zudem müsse das Chaos bei der EU durch realitätsferne Fangquoten beendet werden.

Wie Umweltminister Dr. Till Backhaus (SPD) sagte, gibt es noch 170 Haupterwerbsfischer. Es müsse alles dafür getan werden, dass die Biolaichermasse und damit die Fischbestände stabilisiert werden. Große Hoffnungen setze er in die 670 Millionen Euro, die ab Juli 2024 für Maßnahmen zur umweltschonenden Fischerei zur Verfügung stehen werden.

Die Einschränkungen der Fanggebiete und die Nutzungskonkurrenz durch Robben und Kormorane spielten bei der Betrachtung der Fischereikrise eine unter-

geordnete Rolle, sagte Thomas Diener (CDU). „So traurig das ist: Es geht um den Übergang von der aktiven Sterbebegleitung zur Beerdigung dritter Klasse.“

Daniel Seiffert (DIE LINKE) kritisierte, dass die Opposition fälschlicherweise den Eindruck erwecke, dass die Politik für die eingebrochenen Fischbestände verantwortlich ist. Gleichzeitig nahm er die Kormorane in Schutz. Diese würden nicht nur Dorsch und Hering fressen, sondern auch Fische, die für die menschliche Ernährung bedeutungslos sind. Um der Fischerei eine Zukunft zu bieten, müsse unter anderem ein sinnvolles Landeshafenkonzept erstellt werden, sagte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Dr. Harald Terpe. Am wichtigsten sei es jedoch, dass es der Ostsee gut geht. „MV muss dringend im Ostseeschutz aktiver werden.“ David Wulff (FDP) kritisierte das komplette Dorsch-Fangverbot für Angler. Die aktuelle Regelung, dass nur noch ein Dorsch pro Angler und Tag gefangen werden darf, sei ein kleines Zugeständnis an die Angler.

Für die FDP seien zudem Abwrackprämien der falsche Ansatz zur Rettung der Kutter und Küstenfischerei.

Übergangslösung „blauer“ Wasserstoff

■ Als klimaneutraler Energieträger soll Wasserstoff die Energiewende ermöglichen. Doch seine Umweltfreundlichkeit hängt von Produktion, Transport und Lagerung ab.

Sogenannter „blauer“ Wasserstoff basiert auf Erdgas. Die beste Klimabilanz weise hingegen mit erneuerbarer Energie hergestellter „grüner“ Wasserstoff auf, argumentierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag zum Ausstieg aus der Nutzung von „blauem“ Wasserstoff. Allerdings sei „blauer“ Wasserstoff kostengünstiger. Erst wenn genügend erneuerbare Energie zur Produktion von „grünem“ Wasserstoff zur Verfügung stünde, werde er sich auf dem Markt durchsetzen können, hielt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest. Politisch unterstützend wollte die Fraktion im Landes Klimaschutzgesetz den 31. Dezember 2034 als Enddatum für die Produktion und Nutzung von „blauem“ Wasserstoff festschreiben. Keine der anderen Fraktionen wollte hier mitgehen. Auch eine Überweisung scheiterte an der AfD und den Regierungsfractionen.

Die Landesregierung werde nicht von „grünem“ Wasserstoff abrücken, versicherte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD). Aber „blauer“ Wasserstoff fungiere als Übergangstechnologie und man müsse gegenüber anderen, geeigneten Technologien offenbleiben. Die AfD lehne die Förderung der „teuersten Art der Energieerzeugung“ ab. Solange der „Wasserstoffmarkt“ nicht etabliert sei, verschrecke ein Enddatum Investoren, war die Sorge der CDU. Das Land fördere schon jetzt nur „grüne Wasserstoffprojekte“, ließ DIE LINKE wissen, wolle aber „blauen“ Wasserstoff nicht „von vornherein“ befristen. Dieser Antrag fordere den Ausstieg aus einer Technologie, bevor sie „Ergebnisse geliefert hat“. Wie solle denn da die Transformation funktionieren, fragte die FDP.

Mit „grünem“ Wasserstoff werde MV zum „Wasserstoff-Texas des Nordens“, stellte sich die SPD vor. Der Antrag jedoch gefährde die dafür „notwendige Investitionssicherheit“.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/27

Stellenbesetzungen in der Kritik

■ Die AfD hat die Besetzung herausgehobener Dienstposten in der Landesverwaltung in einer Aussprache kritisiert. Hintergrund ist ein Bericht des Landesrechnungshofes zu Stellenbesetzungen. Kein einziges von 55 Besetzungsverfahren sei fehlerfrei abgelaufen, sagte der AfD-Abgeordnete Martin Schmidt. „Unsere Landesverfassung wurde mit Füßen getreten.“ Innenminister Christian Pegel (SPD) betonte, dass einige Beanstandungen des Landesrechnungshofes zum Anlass genommen wurden, Vorschriften und Abläufe zu hinterfragen. Allerdings gebe es seitens der Landesregierung abweichende Positionen gegenüber dem Rechnungshof. Es sei bedauerlich, dass SPD und DIE LINKE Berichte des Landesrechnungshofes ignorieren und sich nur diese Dinge herauspicken, die ihnen genehm sind, kritisierte Christiane Berg (CDU). Der Rechnungshof habe die abweichende Argumentation der Landesregierung bei den Stellenbesetzungen ein ums andere Mal widerlegt. Es gebe Mängel in der Aktenführung, bestätigte Torsten Koplin (DIE LINKE). In dem Bericht des Landesrechnungshofes werde aber ausdrücklich betont, dass keine Rechtswidrigkeiten vorlägen. Die Mängel seien abgeschafft worden beziehungsweise würden künftig abgestellt. Die Menge an Beanstandungen zeige, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sagte Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Jedes einzelne dieser Verfahren musste über den Tisch der Ministerpräsidentin.“ Diese müsse dafür sorgen, dass die Fehler für die Zukunft behoben werden. Der Fraktionsvorsitzende der FDP, René Domke, zeigte sich besorgt. „Sie haben das Vertrauen in die Integrität der Verwaltung mit dieser Geschichte massiv beschädigt.“ Dies gelte für die Stimmung innerhalb der Verwaltung und in der Bevölkerung.

Holz wichtiger Teil der Energieversorgung

■ Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund für das Heizen mit Holz als Beitrag zur erneuerbaren Energieerzeugung einzusetzen. Thomas Diener (CDU) wandte sich gegen Forderungen, das Verbrennen von Holz zu verbieten. „Kein Wunder, dass Eigentümer, Handwerker und teilweise auch Landesforstanstalten Sturm gegen diese Vorgaben laufen.“ „Holz war und bleibt ein wichtiger Teil der erneuerbaren Quellen“, betonte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD). Die Landesregierung werde weiter die Technologieoffenheit fördern. Da sei Holz dabei. „Selbstverständlich ist Holz ein wichtiger Energieträger – ein Stück Autarkie“, sagte Petra Federau (AfD). Wichtig sei, dass auf Margerböden nicht radikal das Totholz entnommen wird, weil sonst der Dünger fehlt. Sie bezeichnete den Antrag als wichtig gegen unsinnige Verbote der Bundesregierung. „Wir halten das Verbrennen von Biomasse für nicht nachhaltig“, betonte Daniel Seiffert (DIE LINKE). Es gebe beim Verbrennen zwar eine ausgeglichene Energiebilanz. Dabei werde aber der Energieaufwand bei der Ernte, von Transportwegen oder der Pelletierung nicht berücksichtigt. „Die Wälder in MV haben ihre Belastungsgrenze erreicht“, erklärte Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Den Wäldern gehe es so schlecht, dass mehr als die Hälfte des eingeschlagenen Holzes Schadholz ist. Nun müsse der Holzvorrat in den Wäldern gesteigert werden, begründete er die Ablehnung des CDU-Antrags. „Wenn ein Baum wächst, nimmt er besonders viel CO₂ aus der Atmosphäre“, sagte David Wulff (FDP). Je älter ein Baum wird, desto geringer sei dieser Effekt. Es mache also Sinn, im Sinne der nachhaltigen Forstwirtschaft Bäume herauszunehmen und dann neue zu pflanzen. Holz sei eine wichtige Wärmequelle, die als Baustein der Wärmewende erhalten bleiben muss“, sagte Falko Beitz (SPD). Zudem sei die Landesregierung bereits an dem Thema dran. „Man muss uns nicht zum Jagen tragen.“

Der Änderungsantrag der AfD wurde bei Zustimmung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten sowie Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt. Der Antrag selbst wurde bei Zustimmung

der CDU, FDP, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten sowie Ablehnung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

*Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/2605
Änderungsantrag der AfD
Drucksache 8/2651*

Kein Rückenwind für Wachstumschancengesetz

■ Am 30. August 2023 beschloss die Bundesregierung den Entwurf eines Wachstumschancengesetzes. Dieses stelle nach Auffassung der Landes-FDP „entscheidende Weichen“ zur ökonomischen Bewältigung der derzeitigen Krisen. Das Gesetz erlaube die Unternehmensförderung bei Investitionen in neue Technologien sowie den Bürokratieabbau durch Digitalisierung. Ein „zentraler Baustein“ sei eine Steuererleichterung zur Verbesserung der Liquidität von Firmen. Das alles bringe den notwendigen wirtschaftlichen „Vitalisierungsschub“, zeigte sich die FDP überzeugt und wollte mit einem Landtagsantrag dem Bundesvorhaben „Rückenwind“ verschaffen. Darin forderte die Fraktion die Zustimmung des Landes zum Wachstumschancengesetz im Bundesrat. Weiterhin brauche es ein „komplementäres“ Landes-Wachstumschancengesetz. Kompensationen für absehbare „Steuerausfälle“ bei der Gewerbesteuer der Kommunen müssten „vorher“ beredet werden und mit Kürzungen im Landeshaushalt 2024/2025 gegenfinanziert werden.

Das Parlament begegnete der FDP mit Skepsis bis Ablehnung. Fraktionsübergreifende Hauptkritik waren die zu erwartenden Steuerverluste der Kommunen und die Stützung der Bundesinitiative mit Landesmitteln.

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) warnte vor jährlich 70 Millionen Euro geringeren Steuern allein für MV.

Statt der „besonders schwierigen“ Haushaltskürzungen würde eine Vermögenssteuer sofort Geld „in die Kassen spülen“, argumentierte DIE LINKE.

Das Wachstumschancengesetz sei kein „Allheilmittel“, betonte die CDU, plädierte aber für eine weiterführende Ausschussberatung.

Die AfD hielt der FDP den „krampfhaft konstruierten Landesbezug“ des Antra-

ges vor, während BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weder in der Problemanalyse noch mit den Lösungsvorschlägen mitgehen konnte.

Momentan, so die SPD, wisse keiner, wie das Gesetz am Ende aussehen werde. Darum trage sie diesen „zu dünnen“ Antrag nicht im „vorausseilenden Gehorsam“ mit.

FDP, AfD, CDU und die fraktionslose Abgeordnete votierten für eine Überweisung in den Wirtschaftsausschuss; SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dagegen. Der Antrag selbst wurde bei Zustimmung der FDP, Enthaltung der CDU, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und sonstiger Ablehnung abgewiesen.

*Antrag FDP
Drucksache 8/2733*

Bundesumweltprogramm wichtig für MV

■ Mit Beschluss vom 29. März 2023 statete die Bundesregierung das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) mit 4 Milliarden Euro aus. Auf 10 Gebieten sollen 69 Maßnahmen Ökosysteme stabilisieren oder wieder herstellen. Getrieben von der Sorge um die langsame Umsetzung des ANK und angesichts der hohen Bedeutung für MV, stellte die

Info

Die 10 Handlungsfelder im Bundesprojekt „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“

1. Schutz intakter Moore und Wiedervernässungen
2. naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen
3. Meere und Küsten
4. Wildnis und Schutzgebiete
5. Waldökosysteme
6. Böden als Kohlenstoffspeicher
7. natürlicher Klimaschutz auf Siedlungs- und Verkehrsflächen
8. Datenerhebung, Monitoring, Modellierung und Berichterstattung
9. Forschung und Kompetenzaufbau
10. Zusammenarbeit in der

Regierungskoalition einen Antrag. Denn bei der Hälfte aller Handlungsfelder sei es noch vollkommen offen, wie diese umgesetzt würden. SPD und DIE LINKE pochten darauf, die Erfahrungen und Gegebenheiten der Länder einzubinden. Durch bestehende Nationalparks und Biosphärenreservate habe MV „etablierte Strukturen zur Umsetzung von Moorschutzprojekten“, erklärte die SPD. Grundsätzlich sei das ANK ein „großer Erfolg“, besonders für eine enge Bund-Länder-Kooperation bei Klima- und Artenschutz, erklärte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD). Parallele Berliner Kompetenzzentren würde er „nicht so prickelnd“ finden.

Statt als „Retter der Welt“ aufzutreten, richtete die AfD an die Regierungsfractionen, wäre es besser, die „wirklichen Probleme der Menschen“ im Auge zu behalten.

Der CDU missfiel, dass viele Maßnahmen des ANK eine ständige Subventionierung bedürften und „zum Verlust wertvoller Landwirtschaft“ führten.

Per Änderungsantrag drang BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Moorschutz als Kernelement der ANK-Projekte in MV und warb mit einer mündlichen Änderung für die Nutzung vorhandener Einrichtungen.

Das ANK sei das „bisher am umfangreichsten ausgestattete Natur-, Umwelt- und Klimaschutzprogramm“ der Bundesrepublik, kommentierte DIE LINKE. Nun müssten die Mittel effektiv „in die Fläche gebracht“ werden.

Auch die FDP lobte das ANK als „Allianz der Freiwilligen“ und vertraute dem Bund, die Förderungen „vernünftig und ausgewogen“ zu formulieren. Der Landtagsantrag sei unnötig.

Für ihren schriftlichen und mündlichen Änderungsantrag erhielt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von niemandem Zustimmung.

Der Antrag der Regierungsfractionen wurde bei Ablehnung durch die AfD, die fraktionslose Abgeordnete und die CDU und bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP angenommen.

*Antrag SPD, DIE LINKE
Drucksache 8/2742
hierzu
Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2764*



Fotos: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse zu Beginn der Ministerbefragung

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

■ Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Situation in Erstaufnahmeeinrichtung Stern Buchholz

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Pegel! [...] Ja, Stern Buchholz, das Thema auch heute in der Fragestunde wieder. Wenn man mit betroffenen Mitarbeitern der Einrichtung derzeit spricht, dann hört man Dinge, die dazu führen, dass man feststellen muss, dass die Situation strukturell mittlerweile sehr angespannt ist. Betten werden aufgebaut, sechs Mann auf 18 Quadratmetern sind keine Seltenheit. Leute werden in die nachgelagerten Unterbringungseinheiten gebracht, ohne dass sie vorher in der vorgelagerten Untersuchungseinheit gewesen sind, also ohne echte Untersuchungen, auch im gesundheitstechnischen Sinne.

Die Sporthalle sei voll. Alle verfügbaren Häuser werden genutzt, die Kirche wird geschlossen, die Moschee bleibt offen, soziale Begegnungstellen werden geschlossen.

Der Unmut der Mitarbeiter steigt auch angesichts der herausfordernden Situation, die wir haben, und auch, weil Lebenshaltungskosten bei vielen Mitarbeitern in den letzten Monaten natürlich deutlich gestiegen sind und man dann diese herausfordernde Arbeit oft noch als belastender empfindet, wenn man kaum noch Geld für steigende Miet- und Heizkosten hat. Das Sicherheitspersonal wird verstärkt von ausländischen Personen mittlerweile gestellt. Von 25 Personen seien nur noch 6 deutsche Ansprechpartner da. Es würde teilweise zu Sprachschwierigkeiten führen bei den Leuten und Krankschreibungen wachsen auch.

Vor genau dieser skizzierten Lage frage ich Sie erst einmal ganz allgemein: Wie stellt sich Ihnen die Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung dar? Was können Sie uns dazu sagen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zuspitzung Ihrer Darstellungen würde ich nach dem, was mich bisher erreicht hat, nicht teilen. Gleichwohl, ja, die Situation ist angespannt. Wir haben 1.710 Plätze



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

in beiden Einrichtungen. Anders als Sie differenziere ich nicht, sondern für mich ist die Erstaufnahmeeinrichtung eine gemeinsame in Nostorf-Horst und Stern Buchholz, und in beiden müssen wir an die Kapazitätsgrenzen fahren. Am 6. November, also vor drei Tagen, waren diese 1.710 Plätze mit 1.772 Personen belegt. Das ist insbesondere dadurch möglich geworden, dass wir eine größere Zahl von Notunterkünften bereitgestellt haben. Sie haben es angesprochen. Die frühere Boxhalle, die aktuelle Sporthalle und solcherlei Räumlichkeiten sind als Notunterkünfte ausgestaltet worden, sodass wir dadurch die Bettenzahlen zum Teil generieren. Und ja, wir haben durch die hohen Zugangszahlen in der Tat auch Verdichtungen in den Unterbringungen vorgenommen.

Das ist die Situation, wie wir sie antreffen, wie wir sie vorfinden. Wir sehen zurzeit nicht, dass wir mit Leichtigkeit geringere Zugangszahlen in den nächsten Wochen haben werden. Von daher werden wir mit diesem erhöhten Niveau umgehen



Innenminister Christian Pegel

müssen. Diese erhöhten Zahlen verzeichnen wir seit dem Sommer. Im Sommer haben wir im August die Landkreise und kreisfreien Städte darauf hingewiesen, dass eine Steigerung eingetreten ist, die wir eben erst mit einem zeitlichen Verzug, nämlich dem ersten entsprechenden Verwaltungsverfahren in der Erstaufnahmeeinrichtung, in die Gemeinschaftsunterkünfte der kreisfreien Städte und Kreise weiterleiten. Damit werden wir jetzt beginnen, weil der entsprechende Zeitraum abgelaufen ist und damit die ersten erhöhten Zahlen jetzt dann auch auf die Landkreise und kreisfreien Städte zukommen werden. Wir werden also auch dort feststellen müssen, dass der Druck auf die entsprechenden Einrichtungen wächst. Unsererseits sehen wir zurzeit aber nicht, dass der Druck ohne größere Schwierigkeiten nachlassen wird.

Wir haben mit Parchim reagiert, indem wir die lange Zeit in erster Linie für Infektionsgeschehen genutzte Einrichtung dort nutzbar gemacht haben, und zwar für die Flüchtlinge, die kurz vor der Weiterleitung in die Kreise und kreisfreien Städte stehen. Und wir haben, wie eben angesprochen, unterschiedliche Maßnahmen innerhalb der beiden Bestandseinrichtungen getroffen. Wir werden innerhalb der nächsten hoffentlich 18 Monate mit drei weiteren Blöcken in Stern Buchholz, die der Vermieter bereit ist, für uns zu sanieren, entsprechende langfristige Kapazitätserweiterung betreiben, und wir werden darüber hinaus mit einer Containerlösung in Nostorf-Horst ebenfalls eine Verstärkung erreichen können, von der wir ebenfalls hoffen, dass sie uns dort dann zu einer gewissen Entspannung verhilft.



Jan-Phillip Tadsen, AfD

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Tadsen, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Ja, sehr gerne.

Dann gab es ja auch in Bezug auf Stern Buchholz noch einen Bericht des Norddeutschen Rundfunks, wo gesagt worden ist, dass die Kosten für die Sicherheit deutlich gestiegen sind. Ich glaube, die Werte lagen von 3 auf 5 Millionen Euro. Wie erklären sich diese Kosten denn im Einzelnen? Was steckt dahinter – Personalaufbau, gestiegene andere Kosten, verstärkte Sicherheitsmaßnahmen, auch vielleicht in der Infrastruktur oder in der technischen Ausstattung des Sicherheitspersonals?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie auch dem Norddeutschen Rundfunk bereits mitgeteilt, ist das das Ergebnis einer Ausschreibung. Die Dienstleistungsverträge, die über längere Zeiträume laufen, werden typischerweise für einen gewissen Zeitraum ausgeschrieben. Wir sind als öffentliche Hand ausschreibungspflichtig. Und dieser Ausschreibungszeitraum, der letzte, war schlicht im Ablauf begriffen. Also mussten wir eine neue Ausschreibung für einen nächsten Zeitraum initiieren. Und das, was Sie dort als Zahlen finden, ist dann nach entsprechendem

Zeitablauf, die jetzt bei den Ausschreibungen gefundene wirtschaftlichste Lösung.

Dabei spielt mit Sicherheit eine Rolle, dass im Sicherheitsgewerbe sich bei den Stundenlöhnen Anpassungen ergeben haben, die sich dann in so einem neuen Angebot selbstverständlich auch abbilden. Es werden mit Sicherheit auch Fragen, die auch im Sicherheitsgewerbe nicht von der Hand sind, verstärkten Suchens nach den entsprechenden Fachkräften sich abbilden. Das ist mit Sicherheit auch aus Sicht der Sicherheitsgewerbeunternehmen nicht leichter geworden, entsprechende Beschäftigte zu finden, und zwar für alle Bereiche, in denen sie tätig sind.

Und zu guter Letzt ist in Teilen auch die Zahl derer, die wir dort beauftragen, in der Zahl größer geworden. Sie hatten es selbst in der umfangreicheren Einführung für die erste Frage ja dargestellt. Ja, wir haben dann ... Wenn Zahlen steigen, reagieren wir ja auch mit steigenden Anforderungen von Sicherheitspersonal, die sich ebenfalls in der Zahl abbilden. Wichtig ist aber, dass es insbesondere das Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung ist, die nach entsprechendem Zeitablauf jetzt zu höheren Preisen geführt hat.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!



Fotos: Uwe Sinnecker

Daniel Peters (CDU) stellt seine Frage an Wirtschaftsminister Reinhard Meyer.

■ Daniel Peters, CDU:

Bedarf an LNG-Kapazitäten

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Minister! Ich habe eine Frage zum Thema LNG.

Wie wir jetzt erfahren haben, sind seit Juli dieses Jahres bei dem Depotschiff FSU, was vor der Küste Lubmin liegt, sozusagen nur zwei LNG-Tanker angelandet beziehungsweise angedockt, um sozusagen flüssiges LNG dort in das Depotschiff zu überführen. Insgesamt waren wohl für das Jahr 2023 41 LNG-Tanker geplant, bisher sind nur 8 abgefertigt worden. Dann hab ich mir mal die Zahlen, betrifft jetzt nicht Mecklenburg-Vorpommern, aber in Brunsbüttel angeschaut – auch hier lediglich neun LNG-Tanker, weit hinter dem veranschlagten Bedarf. Und ich frage Sie jetzt vor dem Hintergrund dieser doch sehr, ich nenne es mal, geringen Auslastung, welchen Bedarf die Landesregierung dann noch sieht für die erhöhten Kapazitäten in Mukran, wo ja sozusagen fast eine Verdoppelung der LNG-Kapazitäten vorgesehen ist.

Minister Reinhard Meyer:

Ja, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr verehrter Herr Abgeordneter, zu den innerbetrieblichen Abläufen, die die Deutsche ReGas für die Anlandung von LNG in



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer.



Daniel Peters (CDU)

Richtung Lubmin über die Depotschiffe sozusagen gestaltet, kann ich Ihnen keine Auskunft geben. Da müsste man das Unternehmen befragen.

Zu dem anderen Punkt, den Sie genannt haben: Wir haben als Landesregierung immer sehr deutlich gemacht, wenn es um die Bedarfsfragen geht – Gasmangellage et cetera pp. –, dass wir das als Landesregierung, als Land nicht eigenständig beantworten können, sondern die Bundesnetzagentur, also der Bund, hier in erster Linie gefordert ist. Die aktuellen Aussagen des Bundes, auch der Bundesnetzagen-

tur, sehen so aus, dass es sechs Szenarien für den Winter und die Versorgung mit Gas in Deutschland und darüber hinaus gibt. Wie Sie ja wissen, die Pipelines von Lubmin gehen ja auch über Tschechien, dann nach Bayern und indirekt Versorgung von Österreich.

Es gibt zwei von den sechs Szenarien, abhängig von den Temperaturen im Winter, die nach wie vor davon ausgehen, auch bei hundert Prozent Speicherstand von LNG in Deutschland, dass man dann spätestens Anfang Februar Probleme bekommen könnte. Insofern gehe ich davon aus – das jedenfalls sagt die Bundesnetzagentur –, dass das, was über LNG zurzeit in Lubmin eingespeist wird, gebraucht wird, und auch in Bezug auf Notwendigkeiten am Standort Mukran.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Peters, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Daniel Peters, CDU:

Ja, sehr gerne.

Also aus meiner Sicht wird da natürlich doch ersichtlich, dass wir offensichtlich die immer wieder unterstellte mögliche Gasmangellage auch schon seit einem geraumen Zeitpunkt nicht haben in Deutschland. Wenn offensichtlich so wenige LNG-Tanker dort anlanden – so nenne ich es mal profan –, dann

scheint ja ausreichend Gas vorhanden zu sein beziehungsweise der Bedarf an LNG in der Ausprägung nicht vorhanden zu sein.

Meine Frage ist: Wie gehen Sie sozusagen dann überhaupt mit diesen Zahlen um? Also wird sich die Landesregierung hier auch mit den Vorhabenträgern ins Benehmen setzen, weil Sie wissen ja auch um den erheblichen Widerstand auf der Insel Rügen, insbesondere von den Touristikern, die natürlich bei einem solchen Zahlenwerk aufschrecken werden und sich die Frage stellen werden, warum braucht es dann eben diesen erheblichen Ausbau der Kapazitäten. Wird die Landesregierung hier an der Stelle noch mal aktiv werden? Hat das Auswirkungen auf das Genehmigungsverfahren?

Minister Reinhard Meyer:

Herr Abgeordneter, dazu folgende Anmerkung, zunächst eine technische: Wenn Sie einen Gasspeicherstand in Deutschland von 100,03 Prozent offiziell haben – wobei ich hinzufüge, die 0,03 hat mir auch noch niemand erklärt –, ist natürlich ersichtlich, dass im Moment wenig Neues eingespeist werden kann. Der entscheidende Faktor ist dann, wenn ausgespeist wird im Winter, dass dann nachgefüllt werden muss. Insofern gehe ich davon aus, dass sich da auch die Situation mit den Depotschiffen wieder verändern wird.

Zweiter Punkt. Was insgesamt die Gesamtlage angeht, hatte ich ja schon auf die Bundesnetzagentur hingewiesen. Nächste Beiratssitzung – ich gehöre dem Beirat an – ist noch im November. Natürlich werde ich die entsprechenden Fragen stellen.

Dritter Punkt. Wir sollten immer daran denken bei dem Standort Mukran, insbesondere was die Pipeline angeht, dass wir natürlich über LNG hinaus auf die Zukunft schauen und welche Möglichkeiten da insbesondere mit Wasserstoff entstehen.

Fotos: Uwe Sinnecker



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Stichwort: Klimaschutzgesetz

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Backhaus!

Es geht zum Klimaschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern, da hatte ich in der Befragung der Landesregierung zum Zeitplan schon mal am 8. Dezember 2022 gefragt, und da hatten Sie gesagt, dass, Zitat, „die Sektorenbewertung Ende Februar, ... abschließend dann im April“ – 2023 ist gemeint –, „vorliegen wird“. Ich habe bereits vor etlichen Wochen über eine IFG-Anfrage angefordert, diese zu bekommen, aber sie liegt bis heute nicht vor, und das, obwohl, Zitat, „die Erarbeitung des Klimaschutzgesetzes absolute Priorität“ für Sie hat.

Die Sektorzielstudie soll nun am 14.11. beim 15. Greifswalder Gespräch „Aktuelle Entwicklungen der Klimaschutzgesetzgebung“ vorgestellt werden. Sie sagten in dieser Befragung letztes Jahr auch, Zitat: „Und 2023, ist klar, wird der Gesetzentwurf dieses Hohe Haus erreichen.“ Meine Frage ist: Werden Sie Ihr Wort halten oder brechen? Wann wird der Gesetzentwurf dieses Hohe Haus erreichen?



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus

Minister Dr. Till Backhaus:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Damm, also Abgeordneter Damm!

Punkt 1. Der Gesetzentwurf ist sehr weit fortgeschritten. Ich nehme zur Kenntnis, dass ja wöchentlich aus Berlin neue Informationen kommen, dass Bundesgesetze zu erwarten sind, die bis heute nicht veröffentlicht sind. Und auch wenn Sie da sogar grinsen, will ich mal ausdrücklich sagen, es ist zu erwarten, dass, insbesondere, was die Sektorenziele anbetrifft, auf Bundesebene das Bundesklimaschutzgesetz, Aufweichungen im Raum stehen, was ich nicht für gut halte. Ich sage das ausdrücklich.

Hinzu kommt – auch das wissen Sie sehr genau –, dass insbesondere das Energieeffizienzgesetz, das Klimaanpassungsgesetz, das Wärmeplanungsgesetz, was wir natürlich selbstverständlich dann auch in dieses Gesetz mit einarbeiten müssen und auch wollen, dass diese Gesetze bis heute nicht verabschie-



Foto: Uwe Sinnecker

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) richtet seine Frage an Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus.

det sind, geschweige denn noch veröffentlicht sind.

Und insofern können Sie fest davon ausgehen, dass wir unseren Zeitplan anpassen müssen, aber unsere Zielstellung ist nach wie vor, die Sektorenstudie liegt vor, sie ist im Übrigen auch mit breiten Verbandsspitzen und auch Informationen versehen worden, sodass ich davon ausgehe, dass im Dezember der Gesetzentwurf in die, wenn man es so will, Ressortanhörung gehen wird und ich damit meine Aussage erfülle, dass das Haus den Gesetzentwurf dann fertiggestellt hat. Grundvoraussetzung – noch mal – ist, dass die drei wichtigen Bundesgesetze, vielleicht kommt noch eins, dass wir diese natürlich dann auch veröffentlicht haben und sie in Konsequenz auch in unser Gesetz mit einarbeiten werden.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ja, sehr gern, Frau Präsidentin.

Ich muss schon sagen, dass ich es interessant finde, dass Sie immer wieder sagen, ja, es ist noch in Berlin zu erwarten, dass sich noch ein Gesetz mit Klimarelevanz irgendwie ergibt, und darauf warten wir. Also

mein Anspruch an diese mit grüner Beteiligung geführte Bundesregierung ist, dass natürlich die nächsten Jahre auch noch immer wieder Gesetze, die dem Klimaschutz dienen, da gemacht werden, und deswegen das Landesklimaschutzgesetz sozusagen weiter zu verschieben, ist also nicht in meinem Sinne. [...] Ich möchte außerdem aus dem Beschluss 8/406 „Klimaschutz im Dialog entwickeln – ein lebenswertes M-V erhalten“ aus Februar 2022 zitieren. Dort wurde beschlossen, Zitat: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ... eine fundierte Ermittlung von Sektorenzielen einschließlich der Treibhausgasbilanzen für Mecklenburg-Vorpommern vorzunehmen und daraus kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen abzuleiten, die eine Klimaneutralität Mecklenburg-Vorpommerns bis 2040 ermöglichen können.“ [...] Deswegen meine Frage: Wird die Landesregierung an dem Landtagsbeschluss festhalten und verbindliche Sektorziele in ihrem Klimaschutzgesetz verankern?

Minister Dr. Till Backhaus:

Also ich sage es noch mal in aller Deutlichkeit, Herr Damm: Wenn der Bund – und ich habe es Ihnen nun gerade versucht zu erklären –, wenn der Bund die Sektorenziele aufweicht und sie nicht mehr als verbindlich in ein Bundesgesetz formuliert,

(Der Abgeordnete Hannes Damm spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

dann sind wir natürlich gehalten, das zu berücksichtigen. Für mich – da können Sie drüber lachen, wie Sie wollen –, es gibt eine Bundesgesetzgebung, und an die Bundesgesetzgebung haben sich die Länder zu halten. Das ist mein Selbstverständnis.

(Der Abgeordnete Hannes Damm spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Und der andere Punkt ist ...

(Der Abgeordnete Hannes Damm spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Entschuldigung, jetzt bin ich dran!

Und ich habe ausdrücklich – und dazu stehe ich, das werden wir auch in den Greifswalder Gesprächen deutlich machen –, ich habe doch nicht umsonst im Übrigen die Sektorenstudie auf den Weg gebracht, damit wir verbindliche Möglichkeiten haben, diese dann in unser Gesetz aufzunehmen. Ich stehe dazu, aber Grundvoraussetzung ist, dass die drei entscheidenden Gesetze des Bundes jetzt verabschiedet werden, im Übrigen auch im Bundesratsverfahren. Ich gehe mal davon aus, das wird an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch zu einem Vermittlungsverfahren kommen müssen. Und selbstverständlich sind wir gehalten, dann diese Gesetze, die auf Bundesebene kommen, mit in unserem Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen. Alles andere wäre auch unehrlich. Und insofern sage ich noch mal, bis zum Jahresende gehe ich davon aus, dass unser Gesetzentwurf fertiggestellt ist. Punkt!

Laufende Gesetzgebung

Stand: 13. November 2023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2553	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung von Rechtsvorschriften im Bereich der Sozialen Entschädigung in Mecklenburg-Vorpommern	Sozialausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2590	Landes- regierung	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Standarderprobungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2591	Landes- regierung	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Versorgungsverbandsgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2593	Landes- regierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2594	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Landesjagdrechts	Agrarausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2707	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vergabenachprüfungsgesetzes	Wirtschafts- ausschuss	1. Lesung: 08.11.2023 in Beratung
8/2708	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes über die Öffnungszeiten von Verkaufsstellen für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Öffnungszeitengesetz – ÖffZG M-V)	Wirtschafts- ausschuss	1. Lesung: 08.11.2023 in Beratung
8/2714	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze (Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz – JVG M-V)	Sozialausschuss	1. Lesung: 08.11.2023 in Beratung
8/2720	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Disziplinargesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 08.11.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2759	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	Innenausschuss	1. Lesung: 08.11.2023 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 8. November 2023 entschieden | Stand: 13. November 2023

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/2218	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes an bundesverfassungsgerichtliche Vorgaben	Landesregierung	1. Lesung: 13.06.2023 2. Lesung: 08.11.2023	Annahme
8/2084	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts	Landesregierung	1. Lesung: 10.05.2023 2. Lesung: 08.11.2023	Annahme
8/2302	Entwurf eines Gesetzes zum Vierten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Vierter Medienänderungsstaatsvertrag)	Landesregierung	1. Lesung: 11.07.2023 2. Lesung: 08.11.2023	Annahme
8/2331	Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums des Landes Mecklenburg-Vorpommern (ELER-Fördergesetz – LEFG M-V)	Landesregierung	1. Lesung: 11.07.2023 2. Lesung: 13.11.2023	Annahme
8/2598	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 20.09.2023 2. Lesung: 08.11.2023	Ablehnung
8/2599	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 20.09.2023 2. Lesung: 08.11.2023	Ablehnung

Foto: Landtag MV

Wichernkranz aufgestellt



Ein ganz besonderes Highlight in der Vorweihnachtszeit ist das Aufstellen des Wichernkranzes im Schweriner Schloss. In diesem Jahr nahmen Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Landespastor Paul Phillips sowie einige Schülerinnen und Schüler der Montessori-Schule Schwerin an der feierlichen Übergabezeremonie teil.

Der Wichernkranz, entwickelt von Pastor Johann Hinrich Wichern im 19. Jahrhundert, besteht aus einem Holzkranz mit vier großen Kerzen, welche die vier Adventssonntage repräsentieren, sowie 19 kleinen Kerzen, die für die Tage bis Heiligabend stehen. Jede Kerze ist eine tägliche Erinnerung an die bevorstehende Ankunft Christi. Die Tradition betont die Bedeutung der Adventszeit als Zeit des gemeinsamen Wartens auf Weihnachten.

Landtagspräsidentin bestellt Beauftragten

Landtagspräsidentin Birgit Hesse hat Herrn Rechtsanwalt Dr. Andreas Urban als Beauftragten des Landtages für die Stiftung Klima- und Umweltschutz M-V bestellt. Darüber unterrichtete sie am 29. November die Mitglieder des Ältestenrates des Landtages. Der Beauftragte soll beurteilen, ob und ggf. welche Möglichkeiten zur Umsetzung des Beschlusses des Landtages vom 1. März 2022 bestehen. Dr. Urban ist Managing Partner einer der führenden deutschen Anwaltskanzleien, HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK. Er ist auf Gesellschafts- und Stiftungsrecht spezialisiert und seit vielen Jahren insbesondere im Bereich der gerichtlichen und außergerichtlichen Konfliktbeilegung in diesen Rechtsgebieten tätig.

Hintergrundfoto: Uwe Sinnecker



Foto: Landtag MV

Mitarbeiterinnen von fünf Parlamentsverwaltungen aus Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und der Ukraine besuchten an zwei Tagen das Schweriner Schloss.

Female Leadership Programm

Teilnehmerinnen der Östlichen Partnerschaft der EU zu Besuch im Landtag

Am 23. und 24. November 2023 empfing der Landtag fünf Delegationen der Parlamentsverwaltungen aus Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und der Ukraine. Der Informationsbesuch im Rahmen des Female Leadership Programmes der Länder der Östlichen Partnerschaft der EU wurde durch den Deutschen Bundestag in Kooperation mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) organisiert. Während ihres einwöchigen Gastaufenthaltes in Deutschland bekamen die vierzehn internationalen Programmteilnehmerinnen Einblicke in die parlamentarische Arbeit auf Bundes- und Landesebene und tauschten sich mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen über Herausforderungen und Strategien von Parlamentsverwaltungen für die Zukunft aus. Letzte Station des Programmbesuchs nach dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat war der Landtag MV und das für Gleichstellung zuständige Justizministerium des Landes.

Am Donnerstag wurden die internationalen Gäste zunächst durch die Stellvertretende Direktorin des Landtages, Kathrin Herrmann, begrüßt. Frau Herrmann

informierte die Teilnehmerinnen ausführlich über die Personalgeschichte, Personalstatistik und Strategien der Personalgewinnung der Landtagsverwaltung. Anschließend fand ein Gespräch mit den Rechtspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen statt, in dem unter anderem die Gleichstellungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern thematisiert wurde. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Michael Noetzel (DIE LINKE), stellte zu Beginn die Zusammensetzung und die Aufgaben des Landtages vor. Darauf folgte ein Einblick in die gesetzgebende Prozedur des Landes und die Arbeit der parlamentarischen Ausschüsse. Die Delegationsteilnehmerinnen kamen mit den Abgeordneten, Prof. Dr. Robert Northoff (SPD), Jan-Phillip Tadsen (AfD) und Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) ins Gespräch und konnten somit mit unterschiedlichen im Landtag vertretenen politischen Positionen in Berührung kommen. Sebastian Ehlers (CDU) und René Domke (FDP) hatten sich für eine Sitzung des Finanzausschusses entschuldigt. Denn durch einen Besuch der parallel stattfindenden Sitzung des Finanzausschusses zum Abschluss der Haushaltsberatungen 2024/25 im

Plenarsaal konnte das laufende politische Landtagsgeschäft plastisch dargestellt werden. Abgerundet wurde der erste Besuchstag im Schloss Schwerin durch eine Präsentation der internationalen Zusammenarbeit des Landtages durch den Leiter des Sekretariats für Internationale Angelegenheiten und des Sekretariats des Rechtsausschusses, Georg Strätker und die Referentin Evgeniya Bakalova.

Das Programm wurde am Freitag mit einem Gespräch über Digitalisierung und Künstliche Intelligenz mit dem Leiter des Referats IuK-Technik, Thomas Elwert, und den IT-Sicherheitsbeauftragten, Ulrich Wittenberg, fortgesetzt. Das am vorherigen Tag angerissene Thema der Gleichstellung im Lande wurde nachfolgend während eines Besuchs im Justizministerium durch die Stellvertretende Landesbeauftragte für Frauen und Gleichstellung, Claudia Kajatin, vertieft. Abschließend konnten die Teilnehmerinnen einen kurzen Einblick in die Geschichte des Landes während einer Führung durch das Schweriner Schloss gewinnen.

Konferenz zu Cyberabwehr

Europäischer Ausschuss der Regionen und MV richteten gemeinsame Sitzung aus

■ Am 18. und 19. Oktober 2023 hielt die Fachkommission für Wirtschaft (ECON) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) auf Einladung von Tilo Gundlack, MdL, eine auswärtige Sitzung und Konferenz in Wismar und Schwerin ab. Tilo Gundlack vertritt das Land seit 2017 in diesem EU-Gremium.



Fotos: Landtag MV

Die internationale Konferenz fand in Wismar statt.

An beiden Veranstaltungen nahmen neben Sachverständigen, wie Minister Christian Pegel, Ministerin Bettina Martin und der Leiterin des neuen Landesamtes Zentrum für Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (ZDMV), Corina Croissant-Kannt, mehr als 100 Vertreter der europäischen Institutionen und Regionen teil, nachdem am Vorabend ein vom Landtag MV und der Stadt Wismar ausgerichteter Begrüßungsempfang einen ersten Austausch ermöglicht hatte.

Mit dem EU-Rechtsakt zur Cybersolidarität, der auf zunehmende Sicherheitsbedrohungen im virtuellen Raum reagiert und die EU-Richtlinie über Maßnahmen

für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der gesamten Union ergänzt, strebt die EU-Kommission eine erhöhte Abwehrbereitschaft und Solidarität der EU und von Drittländern bei der Vorsorge, Erkennung und Bewältigung von Cyberfällen an.

Die Stellungnahme der Fachkommission ECON tritt dafür ein, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Unterstützungen des Cybernotfallmechanismus in Anspruch nehmen können. Sie plädiert für eine Einbeziehung der Behörden der subnationalen Ebene in den Anwendungsbereich der Verordnung. Außerdem betont die Stellungnahme die

Rolle der Cybersicherheit für die digitale Interoperabilität der Regionen und setzt sich neben einer klaren Kompetenzverteilung für eine Erfassung der Risiken über die europäischen Gemeinden und Regionen hinweg ein.

Im Anschluss an die ECON-Fachkommissionssitzung fand im Rahmenprogramm der Tagung, das die Welterbe-Bewerbung des Schweriner Schlossensembles unterstrich, ein Besuch des Landtages MV statt. Preisgekrönte Chöre des Goethe-Gymnasiums Schwerin (Kinderchor sowie Jugendchor) agierten dabei als „musikalischer Botschafter“.



Die Beteiligten der Fachkommission für Wirtschaft (ECON) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) im Innenhof des Schweriner Schlosses.

In einer aus den Fugen geratenen Welt sei es umso wichtiger, zusammenzukommen, die Beziehungen zu pflegen und den Bürgern die EU-Gesetzesvorhaben zu vermitteln, so Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Das erwähnte „EU-Cyber-Solidaritätsgesetz“ war auch Gegenstand der ECON-Konferenz „Stärkung der digitalen Widerstandsfähigkeit – eine Voraussetzung für eine erfolgreiche digitale

Transformation in den Regionen der EU“ am 19. Oktober 2023.

Die Konferenz wurde durch die Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten MV, Bettina Martin eröffnet. Diese betonte, dass die Bedeutung der Ausrichtung der ECON-Tagung in MV gar nicht hoch genug geschätzt werden könne, da der AdR eines der einflussreichsten Gremien sei, das die

Interessen der Regionen und Gemeinden auf EU-Ebene vertrete.

Mit einer Keynote-Ansprache setzte der Minister für Bau, Inneres und Digitalisierung MV, Christian Pegel, anschließend Impulse für zwei Podiumsdiskussionen über EU-Maßnahmen für digital widerstandsfähigere öffentliche Verwaltungen und über bewährte Verfahren auf lokaler Ebene.

Gedenken zum Volkstrauertag

Fotos: Landtag MV



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Im Plenarsaal wurde am 19. November anlässlich des Volkstrauertags eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Landtagspräsidentin Birgit Hesse betonte vor den Anwesenden die Bedeutung des Gedenktages sowohl im Hinblick auf die Geschichte als auch die heutige Zeit:

„Der Volkstrauertag ist und bleibt für uns ein wichtiger Tag der Trauer, der Erinnerung und der Mahnung. Lassen Sie uns den heutigen Tag nutzen, der Opfer aller kriegerischen Auseinandersetzungen und Gewaltherrschaften, gleich welcher Nation, zu gedenken.“

Lassen Sie uns dem Vergessen gemeinsam entgegenwirken, damit sich die Schreckenskapitel unserer Geschichte nicht wiederholen.

Auch wenn den allermeisten von uns Krieg und Gewaltherrschaft glücklicherweise erspart blieben, müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Die Bewahrung und Verteidigung unserer Werte sind für mich die entscheidenden Schlüssel zu dauerhaftem Frieden für unser Land und in Europa.“

Finanzausschuss beendet Haushaltsberatungen

Mehrstündiger Abstimmungsmarathon

Der Finanzausschuss des Landtages hat in seiner 54. Sitzung am 23. November 2023 seine umfangreichen und sehr zeitintensiven Beratungen zum Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/2025 beendet und insgesamt 18 Beschlussempfehlungen für den Landtag erarbeitet.

Nachdem der Landtag Anfang September im Ergebnis der Ersten Lesung die entsprechenden Vorlagen zum Doppelhaushalt 2024/2025 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss überwiesen hatte, hat der Finanzausschuss sofort in seiner Sitzung am 7. September 2023 die Beratungen mit den ersten Einzelplänen aufgenommen.

Die Ausschussmitglieder haben den Haushalt in insgesamt sechs Sitzungen mit Vertretern der verschiedenen Ministerien sowie dem Landesrechnungshof intensiv beraten. Darüber hinaus hat der Finanzausschuss im Rahmen einer Sondersitzung am 28. September 2023 insgesamt vier öffentliche Anhörungen zum Haushaltsentwurf durchgeführt. Neben diesen öffentlichen Anhörungen hat der Ausschuss weitere zwei schriftliche Anhörungen durchgeführt.

Im Ergebnis der Beratungen sowohl im Finanzausschuss als auch in den mitberatenden Fachausschüssen lagen den Mitgliedern des Finanzausschusses zur abschließenden Beratung am 23. Novem-

ber 2023 insgesamt 499 Änderungsempfehlungen der Fraktionen und der mitberatenden Fachausschüsse vor.

Nach einem mehr als 5 Stunden andauernden Abstimmungsmarathon hatte der Finanzausschuss am 23. November 2023 um 23:05 Uhr schließlich insgesamt 76 Änderungsempfehlungen angenommen, die er nunmehr in den entsprechenden 18 Beschlussempfehlungen dem Landtag zur Beschlussfassung im Rahmen der Zweiten Lesung in der De-



Die "jungen Parlamentarier", die an der zweiten Kinder- und Jugendparlamentekonferenz teilgenommen haben.

Fotos: Uwe Sinnecker



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Kinder und Jugendliche machen Zukunft

Zweite Konferenz der Kinder- und Jugendparlamente MV diskutiert im Landtag über stärkere Beteiligung von Heranwachsenden in der Politik

■ Ein so junges Plenum begrüßt Landtagspräsidentin Birgit Hesse selten im Plenarsaal. Knapp 100 Kinder und Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern waren am Sonnabend, 18. November, zur zweiten Konferenz der Kinder- und Jugendparlamente MV in den Landtag gekommen.

„Kinder an die Macht.“ Herbert Grönemeyers Hit aus dem Jahr 1985 wurde auf der zweiten Konferenz der Kinder- und Jugendparlamente MV einen Tag lang spürbar. „So ein junges Publikum haben wir selten im Plenarsaal, der Herzammer unserer Demokratie. Nutzt den Tag und bringt sie zum Schlagen“, ermunterte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Vertretenden der Kinder- und Jugendparlamente (KiJuPa) aus MV.

Ernsthaft, engagiert und selbstsicher traten Heranwachsende zwischen 10 und 24 Jahren vor das Plenum. Fast alle Kinder- und Jugendparlamente aus dem nordöstlichen Bundesland hatten Teilnehmende gesandt. Anwesende berichteten von Erfolgen, Niederlagen und Herausforderungen, die sie bei ihrem Wirken und im Austausch mit Kommunalpolitik, Stadt und Gesellschaft begleiten.

Landtagsabgeordnete wie Sebastian Ehlers (CDU), Mandy Pfeifer (SPD), Christian Winter (SPD), Michel-Friedrich Schiefler (SPD), Dr. Monique Wölk (SPD), Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE) und René Domke (FDP) hörten beeindruckt zu. Platz für Jugendclubs, klimafreundliche Städte, alltagstauglichere Unterrichtsinhalte. Wie Jugendliche Themen angehen zeigte,

wie selbstbewusst sie Demokratie verstehen und leben.

„Demokratie ist kein Selbstzweck, freie Meinungsäußerung keine Selbstverständlichkeit und Streiten mit Respekt und unter festgesetzten Regeln gewollt“, erklärte die Landtagspräsidentin.

Moderatorin Hanna Suhr aus Malchow und Moderator Daniel Drüsedau aus Plau am See führten die Teilnehmenden unfassbar locker und sicher. Ein Tag voller Debatten, Netzwerken und Informationen. Unter anderem erklärte Tino Nicolai vom Landesjugendring MV, wie eine landesweite Interessenvertretung der KiJuPas aussehen kann. Bei „Jugend fragt nach“ hatten sich im September rund 40 Jugendliche zwischen 11 und 25 Jahren



Luminita aus Schwerin



Fotos: Uwe Sinnecker

Mit guter Stimmung und Engagement waren Emma und Mira vom Kinder- und Jugendparlament Wismar dabei

in Kiel. „Die Arbeit in den KiJuPas stärkt eure Persönlichkeit und eure Gemeinden. Übrigens macht sich die heutige Teilnehmerurkunde gut in Bewerbungen“, gab sie den Teilnehmenden mit auf den Nach-Hause-Weg.

Jugendparlamente in MV

Hunderte Kinder und Jugendliche engagieren sich in Arbeitsgruppen oder Gremien. In MV agieren 26 offiziell in den Kommunen anerkannte und aktive Kinder- und Jugendparlamente. Allerdings nur in einzelnen Regionen, in Rostock dafür gleich drei. Im Jahr 1998 gründete sich als eines der ersten Gremien der Schweriner KiJu-Rat, in Ueckermünde etabliert sich der Jugendbeirat erst seit September dieses Jahres.

Projekte

In der kalten und dunklen Jahreszeit fehlt vielen Kindern und Jugendlichen ein Treffpunkt im Warmen. Deshalb setzen sich viele für einen Jugendtreff ein. Für einen „Jugendclub to go“ etwa möchte der Torgelower Kinder- und Jugendbeirat einen Bauwagen vom städtischen Bauhof erwerben. In Malchow veranstalten die Teilnehmenden ein Bürgerforum zur Kommunalwahl. In Grimmen befreien sie Spielplätze von Müll. Und in Neustrelitz machte sich der Jugendbeirat dafür stark, dass die Stadt als Blue Community die Umsetzung der Menschenrechte auf Zugang zu sauberem Trinkwasser unterstützt.

Themen

Mehr Klimaschutz und Sozialkunde im Lehrplan. Bessere Bus- und Bahnverbindungen besonders auf dem Land. Sozialarbeitende für jede Schule. Die Kinder und Jugendlichen reisten mit einer breitgefächerten Wunschliste in den Schweri-



Jan vom Kinder- und Jugendbeirat Torgelow berichtete den Abgeordneten Christian Winter und Mandy Pfeifer (beide in der 1. Reihe, SPD) von seinem Alltag.



Hanna Suhr und Daniel Drüsedau moderierten die Veranstaltung.

Lösungsansätze für eine landesweite Organisation von Jugendgremien in MV überlegt. Im Schweriner Schloss diskutierten sie Finanzmittel, Räume, Vernetzung und Wertevorstellungen.

Viele Erwartungen bei den Jugendlichen weckte ein aktueller Gesetzesentwurf. Das Gesetz zur Stärkung und landesweiten Förderung von Vorhaben der Kinder-

und Jugendbeteiligung in MV (KiJuBG MV) kann den Weg zu mehr Mitsprache und Mitwirkung freimachen. Der bisherige Entwurf beinhaltet eine Geschäftsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung. Sie gewährleistet die Beteiligung der Heranwachsenden an sie betreffende Entscheidungen, etwa durch zwei bis drei jährliche Sitzungen mit allen KiJuPas des Landes.

Das KiJuBG würde den Einfluss von Kindern und Jugendlichen auf die aktuelle Politik vergrößern. Wie wichtig das Engagement für jede und jeden Einzelnen ist, berichtete Moderatorin Hanna. Sie hatte die erste Konferenz der Kinder- und Jugendparlamente MV im Jahr 2021 als Vertreterin des KiJuPa Malchow miterlebt. Mittlerweile studiert die 21-Jährige

Fotos: Uwe Sinnecker



Marie und Celine, Kinder- und Jugendparlament Eggesin



Jördis aus Greifswald



In mehreren Workshop-Runden tauschten sich die Jugendlichen mit den Abgeordneten aus.

ner Plenarsaal. Die Rostocker Initiative „Jugend spricht“ vernetzt und unterstützt Migrantinnen und Migranten über Sprachbarrieren hinweg und möchte gern landesweit agieren. Das Jugendforum Rostock erarbeitete über zwei Jahre lang ein Forderungspapier, das es an die Bürgerschaft übergab. Und die Schülerinnen und Schüler aus Anklam besuchen zu Weihnachten Kinder im Krankenhaus, damit sie sich nicht so alleine fühlen.

Herausforderungen und Finanzierung

Sichtbarkeit ist eine der größten Hürden von KiJuPas. Das Anklamer Jugendparlament organisiert Grillfeste mit Politikern. Die Schweriner stellen ein Festival auf die Beine. Und die Neustrelitzer werben in den neunten und zehnten Klassen zum Mitmachen. Lehrende, Schulsozialarbeitende, Eltern und die Heranwachsenden inspirieren und motivieren zum Engagement in KiJuPas. Ausgestattet mit einem festen Budget oder einer projektbezogenen Finanzierung ist die Triebkraft eines Gremiums für und mit Heranwachsenden gewichtig. Das Jugendforum Rostock entscheidet über das Budget aus dem Jugendbeteiligungsfonds (JBF) mit. Der Kinder- und Jugendbeirat in Greifswald darf über ein Budget in Höhe von 15.000 Euro bestimmen. Heranwachsende aus der ganzen Hansestadt dürfen Projekte vorschlagen. In Güstrow darf das Jugendparlament über 23.000 Euro aus dem Zukunftspaket entscheiden.



Die Teilnehmenden nutzten auch untereinander die Gelegenheit, in Kontakt zu kommen und gemeinsame Positionen zu erarbeiten.



Elisabeth und Tamme aus Anklam

Erwartungen

Kinder und Jugendliche in MV wollen nicht nur mitmischen, sondern mitentscheiden. In Ueckerrandow kommunizieren die Heranwachsenden eng mit der Kommunalpolitik. Das Rostocker KiJuPa fordert ein Stimmrecht in der Bürgerschaft. Viele Jugendgremien kooperieren mit länger bestehenden Senioren-

beiräten oder integrieren sich in Mehrgenerationenhäusern wie in Zarrentin oder Wismar. Sie lernen von den Älteren oder agieren gemeinsam, etwa wenn es um Auseinandersetzungen mit Stadt und Bauplanern geht. Zu den größten Wünschen gehören die Legitimation der KiJuPas und damit mehr Entscheidungsbefugnisse.

Alle können mitmachen

Wollen sich Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene engagieren, bieten sich mehrere Anlaufstellen an. Vor Ort sind es Sozialarbeitende, Lehrende, Schülervertretungen und KiJuPas. Überregional helfen der Landesschülerrat (LSR), das KiJuPa Rabe und der Landesjugendring weiter.

MIT
MISCHEN MV

Neu bei #mitmischenMV: Bildung



WAS
WOLLT IHR
EIGENTLICH?

Die große
Jugendbefragung:
www.mitmischen-mv.de

**Mitmachen und
weetersagen!**

#mitmischenMV ist eine Initiative der Enquete-Kommission
"Jung sein in M-V" des Landtages Mecklenburg -Vorpommern



Fotos: Landtag MV



Datenleitungen für den neuen Konferenzbereich



Der alte Plenarsaal mit Blick Richtung ehemaligem Präsidium.

Foto: Uwe Sinnecker / Archiv

Blick in die Baustelle

Seit 2017 wird der Burgseeflügel des Schweriner Schlosses saniert

■ Im Burgseeflügel des Schweriner Schlosses sind die Sanierungsarbeiten vom 3. bis zum 7. Obergeschoss weiter fortgeschritten. Im ehemaligen Plenarsaal im 3. Obergeschoss wird ein neuer Tagungsbereich geschaffen, in dem unter anderem die Landespressekonferenz zukünftig stattfinden wird. Im 4. Obergeschoss entstehen ein Fraktionsraum, ein abhörgeschützter Beratungsraum, Büros und Sanitäranlagen.

Das 6. Obergeschoss und der WC-Bereich im 2. Obergeschoss sind seit 2021 fertiggestellt. Mit dem Abschluss der Rohbauarbeiten Ende September 2022 wurde mit dem Innenausbau im 3. und 4. Obergeschoss begonnen. Die Stahlkonstruktionen im 4. Obergeschoss für die neuen Lüftungszentralen konnten im Mai 2023 fertiggestellt werden. Die Trockenbauwände und -decken wurden eingebaut und mit der Montage der Hohlraumböden begonnen.



Der Blick in den ehemaligen Plenarsaal von der Pressetribüne in Richtung Präsidium.

Die Gewerke der Technischen Gebäudeausstattung haben Trassen, Leitungen und Kanäle verlegt. Nach Fertigstellung des Hohlraumbodens soll ab Dezember 2023 ein Raumgerüst im 3. Obergeschoss des Burgseeflügels für die Deckenarbeiten im ehemaligen Plenarsaal gestellt werden. Der aktuelle Fertigstellungsplan sieht eine Inbetriebnahme des 3. und 4. Obergeschosses im Burgseeflügel im Frühsommer vor.



In den Büros im 4. Obergeschoss werden historische Elemente wie die Rundbögen erhalten und sichtbar bleiben.

Fotos: Landtag MV



Landtagspräsidentin Birgit Hesse mit dem Wandkalender 2024

Kalenderquiz

10 Wandkalender und 10 Tischkalender zu gewinnen

Kalenderquiz

■ Tragen Sie den Buchstaben der richtigen Antwort in das entsprechende Feld unten auf der Seite ein und senden Sie die Karte mit dem Lösungswort an den Landtag. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Wandkalender und 10 Tischkalender des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

1. VEREINFACHT GESAGT: WAS FÜR MV DER LANDTAG, IST FÜR DIE BUNDESREPUBLIK

- A Der Bundestag
- B Die Bundesversammlung
- C Die Bundesregierung

2. WAS GEHÖRT NICHT ZU DEN AUFGABEN DES MV-LANDESPARLAMENTS?

- R Den Landeshaushalt beschließen
- K Gesetze für Mecklenburg-Vorpommern verabschieden
- U Das Grundgesetz ändern

3. WELCHE DIESER PARTEIEN IST NICHT IM LANDTAG VERTRETEN?

- Z Bündnis 90 / Die Grünen
- T FDP
- S Die Violetten

4. WER SITZT IM ÄLTESTENRAT DES LANDTAGS?

- O Alle Abgeordneten, die seit mindestens 20 Jahren im Parlament sitzen
- P Der jeweils älteste Abgeordnete jeder Fraktion
- S Die Parlamentarischen Geschäftsführer sowie Präsident (in) und Fraktionsvorsitzende mit ihren Stellvertretern

5. WER IST DIE/DER OBERSTE REPRÄSENTANT (IN) DES LANDTAGS?

- W Direktor (in) beim Landtag
- C Landtagspräsident (in)
- F Ministerpräsident (in)

6. AUF WELCHE WEISE KÖNNEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER POLITIK AKTIV MITGESTALTEN?

- X Durch den Besuch einer Landtagssitzung
- L Durch ein Rederecht in Plenardebatten

- H Durch Volksbegehren und Volksentscheide

7. DAS SCHWERINER SCHLOSS IST DER SITZ DES LANDTAGES MECKLENBURG-VORPOMMERN. WELCHE FUNKTION HATTE DAS SCHLOSS FRÜHER?

- M Sitz einer Sternwarte und eines Planetariums
- N Sitze einer bedeutenden Porzellanwerkstatt
- U Sitz der Residenz der mecklenburgischen Herzöge und Großherzöge

8. WANN FAND DIE ERSTE SITZUNG DES LANDTAGES MECKLENBURG-VORPOMMERN NACH DER WIEDERVEREINIGUNG STATT?

- S 26. Oktober 1990
- O 27. Mai 1986
- A 6. Dezember 1991

9. WAS IST EINE PETITION?

- S Eine Petition ist eine Beschwerde oder eine Bitte an den Landtag
- E Zwischenrufe von Abgeordneten im Plenum
- F Frage an die Ministerpräsidentin

Bitte senden Sie das Lösungswort per Postkarte an den Landtag MV. Einfach die Karte ausschneiden und ab geht die Post.

Einsendeschluss: 31.12.2023

An den Landtag MV
Öffentlichkeitsarbeit
Lennéstraße 1 / Schloss
19053 Schwerin

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.

*Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.*



Bitte nicht vergessen:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Stadt

Telefon oder eMail

1	2	3	4	5	6	7	8	9

Einsendeschluss: 31. 12. 2023

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Wandkalender und 10 kleine Kalender des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte

SCHLOSS SCHWERIN | SITZ DES LANDTAGES MECKLENBURG-VORPOMMERN

Bitte ausreichend frankieren

Landtag MV
Öffentlichkeitsarbeit
Lennéstraße 1 / Schloss
19053 Schwerin



Am 29. November war eine 11-köpfige Delegation des Niederösterreichischen Landtages zu Besuch im Landtag MV. Zu den Mitgliedern der Delegation gehörten unter anderem der Präsident des Landtages, Karl Wilfing, und der Landtagsdirektor Thomas Obernosterer. Der Direktor des Landtages MV, Armin Tebben, begrüßte den internationalen Besuch im Schweriner Schloss.

Schwerpunkt der gemeinsamen Gespräche war vor allem der Verlauf des Neubaus des Plenarsaals im hiesigen Parlament. Da der Sitzungssaal des Landtages in Niederösterreich umfassend saniert werden soll, holten sich die Gäste praktische Erfahrungen und hilfreiche Informationen für ihr eigenes Bauvorhaben. Teil des Programms waren zudem der Austausch mit Mitgliedern des Ältestenrates sowie eine Führung durch alle Teile des Schlosses.

